

### 3 Identitäten als praktische Ressource in der Verhandlung politisch-geographischer Konflikte

In der Rangliste prominenter sozialwissenschaftlicher Stichwörter landet der Begriff der Identität konstant und seit vielen Jahren auf einem der vordersten Plätze. Im interdisziplinären Schnittfeld von Politischer Theorie und Kulturtheorie, von Philosophie und Soziologie nehmen Debatten um Identität eine prominente Rolle ein. Doch auch in der alltäglichen Lebenswelt vieler Menschen wird der Rekurs auf (individuelle und kollektive) Identitäten in zunehmendem Maße performativ zum Ausdruck gebracht und regelrecht ‚gefeiert‘. In Zeiten weltweit vernetzter Kommunikationskanäle und vor dem Hintergrund rascher und tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse mit dem Verlust hegemonialer Denk- und Handlungsmuster legen Individuen und Gruppen einen gesteigerten Wert darauf, erkannt und damit auch anerkannt zu werden. Fragen von Identität werden auch in politischen Diskussionen permanent thematisiert, reproduziert und neu zusammengesetzt, sie befinden sich in medial geprägten Gesellschaften wahrlich auf dem Weg zu einem „Kult“-Status. Auch Politische Geographien kommen daher kaum daran vorbei, die Rolle von imaginären Bedeutungszuschreibungen zu territorialen Denk- und Handlungsmustern zu thematisieren. Der Rekurs auf die Performativität von Identitäten öffnet der Teildisziplin ebenso wie weiteren Bereichen der sozialwissenschaftlichen Forschung eine interessante Perspektive, aus der die vielfältigen Aushandlungs- und Artikulationsprozesse in räumlichen Nutzungskonflikten ebenso wie die Beziehung zwischen Identitäten und der Repräsentation von politischen Interessen analytisch betrachtet werden können. Wie Katheryne Mitchell (2007, 707) zum Ausdruck bringt, beinhalten „Geographien der Identität“ eine Fokussierung auf die symbolischen Perspektiven eines „cultural cosmopolitanism“, der in den materiellen Praktiken und identitätspolitischen Positionierungen eingeschrieben wird und unter anderem durch „border crossings, nationalisms, hybridity, and the connections between travelling and locatedness“ zum Ausdruck kommt. Solch ein Verständnis von Kosmopolitismus besitzt Anknüpfungspunkte zu Studien, die sich mit der Rolle von Identität und Identitätspolitik in transnational geprägten Gesellschaften beschäftigen (Appadurai 2008; Faist 2008) und einen analytischen Rahmen für die politisch-geographischen Konsequenzen der Migration kosmopolitischer Individuen und transnationaler Eliten in den Zentren der europäischen Politik und Verwaltung bzw. der globalen Ökonomie aufspannen (Beaverstock 2005; Favell 2008). Darüber hinaus gibt der Re-

kurs auf Identitäten und Identitätspolitiken aber auch einen Rahmen für die Untersuchung subalternen und gegen-hegemonialer Praktiken ab, die z.B. die multiplen Skalen, Ortszuschreibungen und alternativen Identitätskonstruktionen im Rahmen von Partizipation und Empowerment in den Mittelpunkt ihres Interesses stellen (Sparke 2008) oder die Aushandlungsprozesse zwischen städtischen sozialen Bewegungen und der Mehrheitsgesellschaft thematisieren (Martí, Bonet 2008; Mayer 2008). Cindi Katz (2004) hat in ihrem inspirierenden Buch zu den Konsequenzen globaler ökonomischer Restrukturierungsprozesse auf das alltägliche Leben von Kindern darauf hingewiesen, dass Widerstand gegen hegemoniale Praktiken, oppositionelles Bewusstsein und emanzipatorischer Wandel die soziale Organisation der ‚Welt‘ ebenso wie die gesellschaftlichen Machtrelationen modifizieren kann. Sozialer Protest ist demnach in der Lage, vielfältige Transformationsprozesse entlang multipler Skalen anzustoßen und in die Mehrheitsgesellschaft einzuführen (Brown 2008; Castree et al. 2008; Kriesberg 2008). Wie nicht nur Anhänger feministischer und postkolonialer Geographien sowie die Vertreter einer *radical political geography* einfordern (u.a. Taylor 2003; Sharp 2003; Jones et al. 2004), kann sich eine zeitgemäße politisch-geographische Konfliktforschung unter anderem auf die Betrachtung symbolischer und strategischer Bedeutungszuschreibungen und die Rolle von Identitätspolitiken für kollektive politische Handlungen konzentrieren und so zusätzlich perfilieren. Sozialgeographische Diskussionen können an diese Forderungen ebenfalls anknüpfen und die Debatten um imaginäre Bindungen an räumliche Konstruktionen und Orte mit der Bedeutung von politischen Identitäten verbinden (Robinson 2008; Ward 2007). Paul Routledge (2008) zufolge stellen politische Identitätskonstrukte, die durch multiple Skalen und mit multiplen Anderen ausgehandelt werden, eine wichtige Quelle der Vergemeinschaftung dar und können als interessante Perspektive für die human-geographische Untersuchung von kollektiven politischen Aktivitäten betrachtet werden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn – wie im Verlauf dieses Kapitels ausführlich debattiert wird – politische Identitäten und Identitätspolitiken aus einer europäischen Perspektive, d.h. aus dem Blickwinkel des sozialen Konstrukts europäischer Identität, betrachtet werden. Gerade die von zunehmender Bedeutung geprägten transnationalen politischen und sozialen Proteste wie sie im Mittelpunkt der empirischen Ausführungen dieses Bandes stehen, besitzen das Potenzial, politische Geographien als Resultat der vielschichtigen Prozesse einer (neoliberalen) Globalisierung zu betrachten (Aminzade et al. 2001; Leitner et al. 2008). Ihre durch die Staatsgrenzen hindurch schreitenden Koordinationsformen können als Konsequenz einer Transnationalisierung der gelebten und angeeigneten Alltagswelt analysiert werden, die neue identitätspolitische Ausdrucksformen induziert (Brand, Wissen 2005; Saey et al. 2001). Politische Identitäten werden dabei als eine performative Ressource betrachtet, die in räumlich-politischen Konflikten im Sinne einer strategischen oder taktischen Praxis eingesetzt wird.

Die in diesen einleitenden Sätzen knapp skizzierte Perspektive auf politische Identitäten knüpft an einen bereits an anderer Stelle formulierten prozessorientierten Blick auf menschliche Lebenswelten und Sinnsysteme an (Hall 1999). Wird bedacht, dass Symbole durch ihren Gebrauch sowie den Kampf um sie permanent

umgeformt werden und innovativ zu neuartigen Wissensordnungen und Praxis-komplexen kombiniert werden (Jackson 2002), dann leuchtet eine Verschiebung des Blicks auf gruppenspezifische Identitätskonstruktionen ein. Ein derart die tradierten sozialwissenschaftlichen Disziplingrenzen überschreitendes Forschungsdesign beschäftigt sich daher mit Fragen von Ethnizität und kultureller Mehrfachzugehörigkeit und ist in der Lage die vielfältigen kulturellen Hybridbildungen in der globalisierten Welt zu verhandeln (Bronfen, Marius 1997; Pott 2004; Erel 2005; Nederveen Pieterse 2005; Sökefeld 2005). Dabei wird von der parallelen Existenz unterschiedlicher kultureller Codes in den lebensweltlichen Wissensvorräten der Subjekte ausgegangen und Heterogenität nicht zwischen Kollektiven konzipiert, sondern innerhalb dieser. Auf diesem Weg können kulturwissenschaftliche Sichtweisen mit der politisch-geographischen Konfliktforschung verknüpft werden. Eine so als kulturelles Projekt interpretierte Politische Geographie bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte sowohl für neuere kultur- und humangeographische Forschungsansätze als auch für Forschungen, in denen es um die Bedeutung(en) von Raum und Räumlichkeit oder die Verankerung machttheoretischer Aspekte geht (Slater 2003; Agnew et al. 2003).

### *Identität – die Rückkehr einer Debatte in Zeiten der Globalisierung*

Nachdem dem Terminus der Identität insbesondere im Zuge der Etablierung der britischen *postcolonial studies* seit den 1970er-Jahren eine wichtige Rolle zugeschrieben wurde, lässt sich die gegenwärtige Auseinandersetzung mit identitätspolitischen Positionierungen Stuart Hall zufolge als ‚Wiederkehr der Frage der Identität‘ bezeichnen (Hall 2000b). Er führt die Wiederentdeckung der Kategorie auch darauf zurück, dass in postmodernen und global geprägten Gesellschaften das Individuum als kohärent und einheitlich gedachtes Subjekt fragmentiert und in zahlreiche einzelne Aspekte zerlegt oder zerstreut wird. Die gesellschaftlichen Transformationen, die einen Bedeutungsverlust traditioneller kollektiver Identitäten wie der Klasse oder der Nation hervorriefen und auch vor vermeintlich stabilen Konzeptionen wie der Familie oder den Rollen von Männern/Frauen nicht Halt machten, spalteten die persönlichen Identitäten und untergruben so unsere Wahrnehmung als einheitliches, gesichertes und im Zeitverlauf stabiles Subjekt. Diese Zerstreung, die auch als Dezentrierung bezeichnet wird, bezieht sich dabei sowohl auf die subjektive Position und Verortung in der Welt als auch auf den Entwurf des ‚Ichs‘ und verweist alle gesicherten Konzeptionen von Identität in eine ‚fiktive‘ Vergangenheit (vor der kulturwissenschaftlichen Wende). Reckwitz (2007) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sowohl zwischen den Subjekten als auch innerhalb eines Subjekts zu ständigen Reibungen kommt, wenn z.B. hybride Existenzen mit einem zwar unvollkommenen, aber möglichst kohärenten Sinn aufgeladen werden.

Als Auslöser der Prozesse von Zerstreung und Dezentralisierung des Subjekts wird unter anderem immer wieder auf die Rolle der Globalisierung verwiesen. Wird die Globalisierung im ökonomischen Sinne verstanden, das heißt als

Transnationalisierung ökonomischen Handelns und als Ausweitung von Märkten über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus, so können technologische, finanzielle und politische Prozesse beobachtet werden, deren Auswirkungen sich den nationalstaatlich organisierten Steuerungssystemen in zunehmendem Maße entziehen. Im Rahmen der Globalisierung verstärkt sich die Durchsetzungskraft vermeintlich neuer Ordnungsprinzipien, die klare und eindeutige Trennungslinien und auch den Nationalstaat erodieren (Merz-Benz, Wagner 2005b). Mittlerweile wird weitgehend übereinstimmend anerkannt, dass die proklamierte Homogenisierung durch transnationale wirtschaftliche und kulturelle Vernetzungen stets auch von Prozessen der Fragmentierung, Regionalisierung und dem Bezug auf das Lokale begleitet wird. Homogenisierung durch die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten und Heterogenität durch lokale, teils subversive Aneignungen, Umdeutungen und Einbettungen der hegemonialen Kräfte stellen also zwei Seiten des Begriffs der Globalisierung dar und führen so zu einer fortschreitenden Differenzierung der Welt. Die Globalisierung besitzt allerdings auch über die Welt der ökonomischen Transaktionen hinausgehend erhebliche Konsequenzen. Eickelpasch, Rademacher (2004) zufolge lassen sich mit der ökonomischen, politischen, informationstechnischen und kulturellen Globalisierung vier unterschiedliche Dimensionen definieren, in denen sich ehemals ortsgebundene Handlungen, Entscheidungen und Lebensstile in weltweite Horizonte einbetten. Harvey (1990) betont dagegen die von den Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie eingeleitete erfahrungsweltliche Verringerung der ‚Distanzen‘ und die Intensivierung von weltumspannenden Kontakten im postfordistischen kapitalistischen System und nennt diese ‚Zeit-Raum-Verdichtung‘. Darüber hinaus konstatieren unterschiedliche Autoren, dass sich die sozialen Beziehungen zunehmend verflüssigen und im medialen Zeitalter de-territorialisieren (Giddens 2001; Bühl 2005). Wenngleich die Akzeptanz des dynamischen Kulturbegriffs impliziert, dass Kulturen sich seit jeher wechselseitig durchdringen und weithin durch transnationale Vermischungen gekennzeichnet sind, wird insbesondere vor dem Hintergrund der treibenden Kraft der Globalisierung explizit auf die De-Territorialisierung von Kultur hingewiesen (Lewellen 2002). Gemeinschaften, Identitäten und Orte lassen sich nicht ‚an sich‘ verorten, denn sie existieren nur in unseren Köpfen und Gefühlen und können nur durch die Beobachtung unserer Praktiken zum Ausdruck gebracht werden (Inda, Rosaldo 2002; Gupta, Ferguson 2002).

Genau an diesem Punkt zeigt sich nun die Verbindung zwischen der Frage nach Identität und dem im vorigen Kapitel aufgeworfenen sozialtheoretischen Weltbild, das auf der Analyse von sozialen Praktiken der Subjekte aufbaut. Wird Identität als performativer Ausdruck sozialer Positionierungen gedacht, der von Individuen oder Gruppen erfolgt, so lässt sich eine kongruente Weiterentwicklung der zuvor geschilderten *Theorie sozialer Praktiken in politisch-geographischen Konflikten* denken. Hierfür wird nachfolgend mit Reckwitz (2007) davon ausgegangen, dass sich das Subjekt durch sozial-kulturelle Praktiken konstituiert. Dabei ist es, und hier zeigt Reckwitz eine bemerkenswerte Nähe zum praxeologischen Verständnis von Bourdieu, der sozialen Welt in bestimmter Hinsicht unterworfen,

in anderer Hinsicht kann es die Umwelt auch modifizieren. Subjekte streben nach Identität, auch um ein Teil von (politischen) Gruppen zu werden; gleichzeitig streben sie aber auch nach Differenz um innerhalb dieser Gruppen als Individuum zu bestehen. Dieser Widerstreit verweist auf die Frage, die im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch ausführlich behandelt wird, nämlich wie Identität konzeptionell gedacht werden kann und welche Rolle sie in sozialgeographisch orientierten Forschungsansätzen einnehmen kann, wenn Gesellschaft wie im vorherigen Kapitel ausführlich geschildert als Ausdruck strukturell eingebetteter sozialer Praxis konzipiert wird. In dieser Hinsicht wird nachfolgend debattiert, welcher theoretische Mehrwert sich aus dem Einbezug von Identitätskonstruktionen für die Untersuchung von transnationalen sozialen Protesten ergibt. Die Beantwortung dieser Fragen steht im Mittelpunkt dieses primär theoretisch-konzeptionell geprägten Kapitels, das sich mit der sozialtheoretischen Verknüpfung von sozialer Praxis und der Rolle von Identitäten im politischen Konflikt beschäftigt. Aus der hier angerissenen konzeptionellen Debatte wird schließlich die diesem Band zentrale Erweiterung einer *Theorie sozialer Praktiken in politisch-geographischen Konflikten* vorbereitet. In dieser Hinsicht ist nicht nur die Rolle von Identitäten in politischen Konflikten bedeutsam, sondern auch die Frage, welche Rolle der Rekurs auf Europäische Identitäten für den organisierten sozialen Widerstand gegen hegemonale Praktiken in postmodernen Migrationsgesellschaften spielen kann.

Der skizzierte Konflikt in Ostspanien, der als Blaupause für die empirische Anwendung der diskutierten sozial- und kulturtheoretischen Annahmen dient, lässt sich als eine prototypische Situation aus den vielfältigen Konditionen der kulturellen Globalisierung lesen. Die involvierten Aktivisten stellen eine Verkörperung von postmodernen Lebensstilen in einer transnationalen Welt dar. Sie stehen dafür, wie eine hochmobile europäische Bildungs- und Wirtschaftselite ihren Ruhestand gestaltet und anhand umfangreicher transnationaler Ressourcen und Bindungen einen machtvollen Protest generiert. Nijman (2007) zeigt am Beispiel Miamis, dass solche Migrant\*innen emotionale Bindungen zu regelmäßig mehr als zwei Orten aufbauen und als kosmopolitisch bezeichnet werden können. Wie McHugh et al. (2002) am Beispiel von politischem Engagement von Senioren in Sun City in Arizona verdeutlichte, spielen beim Aufbau erfolgreicher politischer Strategien nicht nur die verfügbaren zeitlichen und organisatorischen Ressourcen eine Rolle, sondern auch der Rekurs auf eine gemeinsam geteilte identitätspolitische Basis. Damit wird die Bedeutung von Identitätspolitiken deutlich, die mit Identifizierungspraktiken und dem Rekurs auf ‚kulturelle Identitäten‘ einhergehen. Kulturelle Identitäten sind Stuart Hall (2000b, 30) zufolge die „instabilen Identifikationspunkte oder Nahtstellen, die innerhalb der Diskurse über Geschichte und Kultur gebildet werden“. Dabei wird jedoch zu Recht darauf hingewiesen, dass diese instabilen Identitätskonstrukte zumindest eine temporäre Stabilität benötigen, um als politische Identität auch politische Handlungsrelevanz zu beanspruchen. Identitätspolitiken sind als gruppenspezifische Ressource im politischen Kampf vor allem deshalb von Interesse, da sie scheinbar eindeutige Grenzbeziehungen und Unterscheidungen ermöglichen. Sie gestatten die Bildung von Koalitionen und stellen in gruppendynamischen Prozessen wie politischen Auseinandersetzungen

nersetzungen eine essentiell wichtige Basis dar. Wie aus dieser Einführung hervorgeht, lassen sich Identität und Identifizierung als wichtige politische Ressource betrachten, die zur Untersuchung der dynamischen Prozesse sozialer Praxis dient.

Das zentrale Anliegen dieses Kapitels besteht nun darin, auf der Basis der zuvor angerissenen Verortung die Weiterentwicklung einer *Theorie sozialer Praktiken in politisch-geographischen Konflikten* vorzubereiten, indem diese für die Analyse der vielfältigen dynamischen und kreativen Prozesse identitätspolitischer Praxis im politischen Konflikt zugänglich gemacht wird. Die auf der Performativität von Identitäten aufbauende und nachfolgend in Anlehnung an Hörning, Reuter (2004) und Allolio-Näcke, Kalscheuer (2003) auch als *Doing Identity* bezeichnete Perspektive eröffnet ein spannungsgeladenes Verhältnis zwischen Identität, Identitätspolitiken sowie Kultur und verknüpft dieses mit dem Blick auf strategische und taktische soziale Praxis in der vorliegenden Auseinandersetzung um die Anwendung und Abschaffung des valenzianischen Baugesetzbuches. Dabei werden im Laufe dieses Kapitels drei zentrale Punkte erörtert: Erstens erfolgt im Abschnitt 3.1 eine Reflektion der zuletzt in geographischen Diskursen prominenten Fragen der Räumlichkeit spezifischer Konstrukte, d.h. der Geographien und Politiken von „scale“, „place“, „networks“ und „mobility“. Dieser Teil dient u.a. als Einordnung und Orientierungshilfe für den an sozialgeographischen Diskussionen zur Bedeutung sozialer Protestbewegungen für Fragen von Raum und Räumlichkeit interessierten Leser. Die vier Perspektiven werden als sinnvolle Diskurse erachtet, nachfolgend jedoch anhand des transversalen Entwurfs der Identitätspolitiken aber um einen weiteren, trotz seiner impliziten Räumlichkeit in humangeographischen Arbeiten nur selten thematisierten Ansatz erweitert. Im Kapitel 3.2 wird daher die konzeptionelle Grundlage gelegt, um Positionierungen politischer Identität und Identitätspolitik für die spätere empirische Analyse zu operationalisieren. In dieser Hinsicht wird unter anderem das insb. durch Vertreter der britischen *Cultural Studies* vertretene politisierte Kulturverständnis bzw. kulturalisierte Politikverständnis vertiefend debattiert und eine Unterscheidung zwischen Identität, Identitätspolitiken und politischer Identität gezogen. Unter Bezug auf den französischen Soziologen Maurice Halbwachs wird der Ansatz um die Perspektive des kollektiven Gedächtnisses erweitert und so aufgezeigt, wie Erinnerungs- und Positionierungsprozesse aus einem anderen sozialtheoretischen Standpunkt gedacht werden können. An dieser Stelle zeigen sich konkrete Anknüpfungspunkte für die beabsichtigte Zusammenführung der Debatten um soziale Praxis und Identität. Ehe dies erfolgt, wird jedoch im Abschnitt 3.3 darüber hinausgehend diskutiert, wie sich die abstrakte Debatte um Identität und Differenz um Bedeutungszuschreibungen zu „europäischer Identität“ erweitern lässt. Der Rekurs auf politische Identitäten, die als europäische Identität konstruiert werden, ist für die spätere Konfliktanalyse von entscheidender Bedeutung. In dieser Hinsicht werden auch europäische Identitäten in erster Linie als Performanz von Identitätspolitiken bzw. als *Doing Identity* verstanden. Aus dieser Konzeption erfolgt als Überleitung zur weiteren empirischen Studie im Teil 3.4 dann ein als Zusammenfassung konzipiertes theoretisch-konzeptionelles Resümee.

### 3.1 Artikulationen transnationaler politischer Bewegungen: Politiken von *scale, place, networks* und *mobility*

Die weitreichenden Transformationen, die sich in jüngerer Zeit durch die zunehmend global organisierte ökonomische und soziale Arbeitsteilung ergeben haben, führten auch zu markanten Veränderungen in der Art und Weise wie die politische Öffentlichkeit, Netzwerke des Widerstands und Protests und auch politisches Bewusstsein und Solidarität konzeptualisiert werden (Brown 2008; Routledge 2008). Wie Jackson et al. (2004) zum Ausdruck bringen, erstrecken sich soziale Beziehungen immer stärker über die Grenzen der Nationalstaaten und durchschreiten diese. In Konsequenz ergibt sich, dass mittlerweile auch konkrete stadtpolitische Entscheidungen eine zunehmende Transnationalisierung erfahren. Auf der anderen Seite organisieren sich auch (städtische) soziale Bewegungen neu. Die involvierten Subjekte entziehen sich unter globalisierten und alltäglich transnationalen Lebensbedingungen nicht nur im Privatleben den Einschränkungen der nationalstaatlichen Organisation, sondern etablieren auch im Protest Räume politischer Handlungsfreiheit, die sich auf flexible soziale Kontrollmechanismen und Machtrelationen beziehen. Bringen Subjekte ihre Klagen und Beschwerden in kollektive Formen der politischen Aktion ein, erfolgt dies anhand einer Vielfalt transnationaler Beziehungen, welche u.a. den Informationsfluss verstetigen und so die politische Interaktion erst ermöglichen (della Porta, Tarrow 2004; Nicholls 2009).

In der inspirierenden und rasch anschwellenden Debatte über die im angelsächsischen Sprachraum und dort v.a. in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung als *contentious politics* bezeichnete Auseinandersetzung mit sozialen Protestbewegungen und Widerstand gegen hegemoniale politische Praktiken lassen sich vier zentrale Themen ausmachen, unter denen die von zunehmend transnationalen sozialen Bewegungen angefochtenen Herrschaftsverhältnisse und ihre implizite Räumlichkeit verhandelt werden: Hierbei handelt es sich um *politics of scale, politics of place, politics of networks* und zuletzt auch *politics of mobility* (Bennett 2005; Brown 2008; Leitner et al. 2008; Sheller, Urry 2006). Nachfolgend werden diese vier Konzeptionen, die in der sozialen Welt untrennbar miteinander verwoben und verschränkt sind, analytisch getrennt und entzerrt um sie einzeln diskutieren zu können. Zur Anreicherung der teils abstrakten Rezeption und mit dem Ziel eine Verdeutlichung der jeweiligen Perspektive durchzuführen, werden in den nachfolgenden Absätzen im Vorgriff auf die spätere Analyse der von der spanischen Mittelmeerküste aus agierenden Bürgerbewegung bereits einzelne Beispiele aufgeführt, in denen multiple Skalen, die Manipulation der Bedeutungszuschreibungen von Orten sowie Netzwerke und Mobilität im alltäglichen Protest als Strategien der Häresie zum Einsatz kommen.

### *Politics of Scale*

Die Dimension der *politics of Scale* besitzt ihren Ursprung in der kritischen Hinterfragung der inhaltlichen Ausrichtung der Politik sowie der räumlichen Maßstäblichkeit sozialer Prozesse (Wissen 2008), die auf unterschiedlichen räumlich-politischen Ebenen zum Tragen kommen (Jessop 2001) und Painter (2008b) zufolge eine Aushandlung der komplexen Beziehungen zwischen Macht, Raum und Orten mit sich bringen. Wie Heeg (2008, 252) zum Ausdruck bringt, umfasst die *Scale*-Debatte dabei nicht nur Etablierung die „funktionale und territoriale Reorganisation staatlicher Handlungsfähigkeit auf supranationaler, nationaler und regionaler Ebene“, wie sie u.a. in der Europäischen Union in der Herausbildung neuer Ebenen der Steuerung und Regierung vonstatten geht. Die Frage nach den *politics of scale*, die insbesondere in Diskussionszusammenhängen der angelsächsischen *radical geography* verankert ist, umfasst aber auch die Betonung auf die soziale Konstruktion sowie die Relativität und Reflexivität von *scales*. Brenner (2001) diskutiert am Beispiel des Nationalstaats, das jede maßstäbliche Ebene, auf der politisches Handeln erfolgt, eine sozial konstruierte Einheit darstellt, die stetigen Veränderungen unterworfen ist und damit als ein Beziehungsgefüge von multiplen Skalen gedacht werden sollte. Zweitens macht es demnach nur wenig Sinn, politisch-territoriale Ebenen voneinander abzugrenzen, denn räumliche Ebenen sollten insbesondere in Bezug auf ihre Einbettung innerhalb einer umfassenden Hierarchie von Skalen analysiert werden. Bestehende Hierarchien können wiederum im Kontext von Konflikten und Auseinandersetzungen angegriffen und verändert werden (Heeg 2008, 253).

Als transversale Konzeption wurde den skalaren Politiken insbesondere im Rahmen der vielfältigen raum-zeitlichen Reorganisationsprozesse (z.B. in Städten) sowie bei der Untersuchung sozialer Bewegungen viel Aufmerksamkeit zuteil (Delaney, Leitner 1997; Cox 1998; Jones 1998; Brenner 2000, Sheppard, McMaster 2003). Eine grundlegende Definition konzeptualisiert *scale* als:

„[...] a relational, power-laden and contested construction that actors strategically engage with, in order to legitimize or challenge existing power relations. In the course of these struggles new scales are constructed, and the relative importance of different scales is reconfigured. Central to the politics of scale is the manipulation of relations of power and authority.“ (Leitner et al. 2008, 159)

Die Debatten um die *politics of scale* etablierten eine mittlerweile allgemein geteilte Position, die zu einer Verlagerung hin zu sozial-konstruktivistischen Positionen führten. Bis vor relativ kurzer Zeit konzentrierten sich die Diskussionen um skalare Politiken primär um die geographischen Dimensionen politischer Praxis, z.B. in Bezug auf die wechselseitigen Verflechtungen und Verankerungen globaler, transnationaler, nationaler, regionaler oder lokaler politischer Artikulierungen. Zuletzt haben aber unterschiedliche Autoren Assoziationen ins Spiel gebracht, welche Skalen als spezifische und akteurszentrierte Konstruktion betrachtet und die Ausdrucksformen zwischen unterschiedlichen Skalen und ihre relationale Einbettung in sozialen Arrangements in den Mittelpunkt des Interesses stellen (Massey 1994; Routledge 2008; Brenner 2001; Leitner et al. 2008). Als gleichwohl

geographisch eingebettet und sozial konstruiert lassen sich *politics of scale* aus drei Perspektiven auf die Untersuchung transnationaler sozialer Protestbewegungen sowie die Einbettung wirkungsmächtiger politischer Akteure übertragen:

*Erstens* engagieren sich politische Bewegungen im weitesten Sinne gegen die Handlungslogiken von staatlichen Institutionen, die von der supranationalen (z.B. der europäischen) Ebene bis zur lokalen Sphäre reichen und von ineinander verschachtelten Skalen geprägt sind. Durch das aktive Engagement im Protest wird die relative Bedeutung von Skalen verändert und bisweilen auch die Schaffung neuer Skalen angestoßen (Leitner et al. 2008). Im politischen Protest der Immobilienbesitzer gegen die Anwendung der LRAU-Gesetzgebung ist es gerade die mit der Stadt- und Regionalplanung sowie der Implementierung lokaler Entwicklungspläne und der Planung von Neubaugebieten beauftragte Autorität der lokalen und regionalen Institutionen, die entwertet und scharf angegriffen wird. Durch den Rekurs auf EU-Institutionen werden in einem originär lokalen Konflikt neue Skalen eingeführt und die etablierten Machtpositionen zwischen unterschiedlichen Akteuren im Feld der Planungs- und Baupolitik neu austariert. Im Laufe der Auseinandersetzung werden der Petitionsausschuss des EU-Parlaments, die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nicht nur angerufen, um Grundsatzentscheidungen über die Anwendung des Gesetzes zu treffen. Sie werden darüber hinaus auch als höchste Moderations- und Entscheidungsinstanz bei konkreten Einzelfällen herangezogen und erhalten somit zusehends eine bis in die lokalpolitische Debatte hineinreichende praktische Rolle zugewiesen. Das Beispiel unterstreicht, wie vermeintlich starre und hierarchische Maßstabebenen von politischen Verwaltungseinheiten durch das aktive Engagement in räumlich-politischen Konflikten ebenfalls nur eine relationale Bedeutungszuschreibung besitzen und diese in erheblichem Umfang variieren kann.

*Zweitens* wenden politische Protestbewegungen vielfältige skalare Handlungsmuster an, in denen der Widerstand auf unterschiedlichen Maßstabebenen, d.h. von der lokalen bis zur transnationalen Ebene zum Ausdruck kommt. Wie Reid, Sparke (2003), Mamadouh et al. (2004) und Leitner et al. (2008) zum Ausdruck bringen, dient das von Smith (1992) erstmals erwähnte *scale jumping*, d.h. das Durchschreiten oder Überspringen von Skalen, vor allem zur Überwindung von Restriktionen der lokalen Gebundenheit. Die Vereinigungen und Organisationen engagieren sich strategisch in spezifischen Ebenen, während andere maßstäbliche Relationen wiederum bewusst und wortwörtlich übersprungen werden. Dergestalt kann – je nach spezifischem Interesse – sowohl die Bindung an konkrete Orte als auch der Einbezug regionalen, nationalen oder globalen Publikums zum Ausdruck gebracht werden. Auch im vorliegenden Konflikt wird permanent und professionell auf diese Strategien zurückgegriffen: So wird leichtfertig zwischen dem Engagement in lokalen Protestaktionen (u.a. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Interventionen bei Stadtratssitzungen), der regionalen Sphäre sowie transnationalen Akteuren (u.a. Botschafter, transnationale NGO wie Greenpeace oder Transparency International) und supranationalen Institutionen wie dem EU-Parlament oder der Europäischen Kommission „über-gesetzt“.

*Drittens* können, da Skalen weder eine vorsozial definierte noch gegebene Kategorie darstellen, die *politics of scale* als ein Prozess untersucht werden, der eine gesellschaftliche Rahmung als Interpretationsschema zur Rechtfertigung und Legitimierung des Protests und Widerstands einer politischen Bewegung benötigt. Derartige skalare Rahmen verbinden soziale Beziehungsgeflechte, die entlang spezifischer Skalen organisiert sind, und setzen durch die Kombination von drei Zielsetzungen den Rahmen für kollektiv getragene Aktionen: Im Detail handelt es sich um die diskursive Produktion eines Problems, der Identifikation eines Ziels der kollektiven Antwort und dem Plädoyer für konkrete Antworten und Strategien (Kurtz 2003). Im Fall des vorliegenden Protests gegen die valenzianische Baugesetzgebung verbinden die diskursiven Praktiken der maßstäblichen Rahmung die eigenen leiblichen Erfahrungen mit den damit verbundenen Orten. Die vermeintlich ungerechte Anwendung des Gesetzes lässt sich als eine gesellschaftliche Praxis bewerten, die zunächst auf einer lokalen Maßstabsebene und ortsbezogen zum Ausdruck kommt. Da sie die ökonomischen Erträge eines ganzen Menschenlebens angreift, stellt es für die Bürgerinitiative ein leichtes Unterfangen dar, die Koalition aus Projektentwicklern, Bauträgern und Politikern, letztere beauftragt mit der legalen Absicherung der beschriebenen Praktiken, moralisch anzugreifen. Da Initiativen und Klagen bei den regionalen und nationalen Gerichtshöfen keinen Erfolg besaßen, ist auch die nachfolgende Antwort diskursiv leicht vermittelbar: Nur die supranationalen Institutionen der Europäischen Union und der Aufbau einer transnationalen Öffentlichkeit geben den involvierten Akteuren eine Spur der Hoffnung zur Lösung der Probleme mit den vielfach selbst genutzten Immobilien und Grundstücken. Obwohl diese diskursive Konstellation intrinsisch bereits vielfältige Brüche beinhaltet, ist es neben der investierten Hoffnung in eine Lösung der konkreten Probleme auch die wechselseitig legitimierte Rahmung der Ebenen, welche den Mitgliedern plausible Argumente zur Verfolgung der etablierten Taktiken und Strategien vermittelt.

### *Politics of Place*

Ein zweiter Aspekt, der in jüngeren Debatten um die Räumlichkeit von sozialen Protestbewegungen eine entscheidende Rolle spielte, sind ebenfalls auf dem sozialkonstruktivistischen Weltbild aufbauende Konzeptionen von *place*. Auch hier hat ein konzeptioneller Wandel stattgefunden, indem weniger konkrete territoriale Repräsentationen interessieren, sondern vielmehr relationale Ideen, die Orte als gleichzeitig bedeutungsgeladene und machtvolle Diskurse wahrnehmen und daher für politische Bewegungen eine grundlegende Rolle spielen (Leitner et al. 2008; Massey 2004). In dieser Hinsicht sind Orte weiterhin ein wichtiges Konstrukt; aber ganz im Unterschied zu territorialen Ansätzen, die sich auf existierende Einheiten und Einteilungen konzentrierten. Bei der gegenwärtigen *place*-Debatte geht es um die Herstellung kultureller und kognitiver Rahmungen, die politische und andere kollektive Handlungspraxis leiten, z.B. anhand spezifischer ortsgebundener Kohäsion und nachbarschaftlicher Solidaritäten, die zur Teilnahme an

politischen Protestaktivitäten animieren und motivieren (Nicholls 2009). Im Gegensatz hierzu hinterfragen relationale Ansätze hinsichtlich der Kategorie *place* den territorialen Fokus auf Kämpfe und Auseinandersetzungen, die sich mit an Orte gebundene Bedeutungen beschäftigen. In dieser Hinsicht schließen *politics of place* beispielsweise in städtischen oder regionalen Ensembles folgendes ein:

„[...] temporary placements of ever moving material and immanent geographies, as ‚hauntings‘ of things that have moved on but left their mark [...] as situated moments in distanced networks, as contoured products of the networks that cross a given place.“ (Amin 2004b: 34)

Wird diese Perspektive auf die Untersuchung von politischen Bewegungen übertragen, dann sollten *politics of place* vor allem den Rekurs auf binäre räumliche Dialektiken vermeiden, welche zum Beispiel durch die Begriffspaare wie *place/space* oder *local/global* zum Ausdruck gebracht werden (Featherstone 2003). Derartige Sichtweisen verstärken reaktionäre Forderungen an existierende Machtstrukturen und fixieren das Interesse von Akteuren, vermeintlich essentielle Orte voneinander zu unterscheiden, mit dem Ziel der Etablierung von „representations of actors as essentially different from one another“ (Nicholls 2009, 81). Trudeau (2006) zufolge ist der Prozess der Herstellung von Orten ein interessanter Analyserahmen, in dem z.B. die Aufdeckung besonderer Konstellationen von Bedeutung, Ästhetik, Werten und naturalisierter sozialer Vorschriften erfolgen kann. Politische Bewegungen streben in zahlreichen Fällen eine Veränderung oder Manipulation der Bedeutungszuschreibungen vor allem symbolisch wichtiger Orte an, und stimulieren so die Produktion neuer, strategisch aufgeladener Orte, die ihren eigenen Projektionen, Prioritäten und Vorstellungen entsprechen (Smith, Winders 2008; Leitner et al. 2008). Auch die Protestbewegung gegen die Anwendung des valenzianischen Baugesetzbuches macht von genau dieser Neuartikulation von Bedeutungen durch symbolisch aufgeladene Praktiken Gebrauch. Anhand der beiden folgenden, durchaus als paradigmatisch zu bezeichnenden Beispielen soll dies nun verdeutlicht werden.

*Erstens* lässt sich in Bezug auf die vorherige Diskussion der *politics of place* herausstellen, dass die Bürgerinitiative grundsätzlich ortssensibel handelt. Bei Demonstrationen erfolgen z.B. ein symbolischer Gebrauch von Orten und der Zeit: Es werden spezifische geographischer Orte und auch Termine ausgesucht, die für die Mehrheitsgesellschaft eine prädestinierte und symbolisch herausragende Bedeutung besitzen. Einer der wichtigsten und medial stark berücksichtigten Protestmärsche mit vielen tausend Teilnehmern fand beispielsweise am 12. März 2005 in Valencia statt. Dieser Samstag korrespondierte mit dem Beginn der valenzianischen ‚Fallas‘, einem landesweit bekannten Festival, das hunderttausende Besucher in die Großstadt Valencia lockt. Die Demonstration übernahm in Teilen die Route der im Verlauf der am gleichen Nachmittag beginnenden karnevalesken Parade und erzeugte so eine außergewöhnliche Wirkungskraft. Neben einem großen Live-Publikum vor Ort erreichten die Organisatoren der Demonstration auch ein gesteigertes Medienecho, denn bei den aufgrund der bevorstehenden Feierlichkeiten ohnehin in der Stadt anwesenden Journalisten weckte die Strategie der

Protestanten ein Interesse. Fernsehteams sendeten die Bilder dieser strategischen Aneignung des geschmückten und symbolisch aufgeladenen öffentlichen Raums als willkommene „Abwechslung“ und beförderten so das Anliegen der Bürgerinitiative.

*Zweitens* soll an dieser Stelle auf eine weitere interessante Abstraktion verwiesen werden, welche die theoretischen Dimensionen der *politics of place* am konkreten Beispiel der Protestbewegung in Ostspanien verdeutlicht. Hierbei handelt es sich um die Manipulierung eines symbolisch äußerst wichtigen Ortes, nämlich des Europäischen Parlaments: Während der offiziellen Anhörungen, welche im Verlauf des von der Bürgerinitiative eingeforderten Petitionsverfahrens beim Petitionsausschuss der Europäischen Kommission in Brüssel stattfanden, gelang es der Gruppierung von *Abusos Urbanísticos* gleich in zwei Gelegenheiten, eine Pressekonferenz im Medienzentrum des Europäischen Parlaments zu organisieren. Der Vorsitzende der NGO wurde dabei von Parlamentariern und Mitgliedern des Petitionsausschusses begleitet, während den regionalen Autoritäten der Regierung in Valencia jegliche Beteiligung an diesem Akt verwehrt wurde. Sowohl strategisch als auch symbolisch lässt es sich als wichtiger Erfolg ausmachen, der die Akzeptanz und Bedeutung aufzeigt, welche dem Aktionsbündnis durch die Bestätigung seitens der europäischen Institutionen zuteil wurde. Dies ist umso bedeutender, wenn der Schlüsselmoment betrachtet wird, in dem sich die Auseinandersetzung zu diesem Zeitpunkt befand, d.h. genau am Beginn der Konsolidierungsphase der Bürgerbewegung. Der erwähnten Pressekonferenz, die zur strategischen Aneignung eines ursprünglich neutralen Ortes führte, wurde insbesondere in den spanischen Medien eine umfassende Bedeutung beigemessen, und Vertreter der Regierung sprachen noch mehr als zwei Jahre nach dem Ereignis mit erheblicher emotionaler Aufladung über das Ereignis, welches als erste symbolisch bedeutsame Niederlage bewertet wurde:

„Der Präsident von *Abusos Urbanísticos* hatte zusammen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses und dem Leiter des Ausschuss-Sekretariats eine offizielle Pressekonferenz im Europarlament angesetzt, um Auskunft über die gemeinsame Debatte zu geben. Meinst Du, irgendein Bürger der Autonomen Gemeinschaft von Valencia könnte einfach so im deutschen Bundestag eine Pressekonferenz abhalten? Meinst Du, ich könnte mich einfach so mit einem deutschen Parlamentarier zusammen an einen Tisch setzen und dort eine Pressekonferenz abhalten? Tja, genau das hat der Vorsitzende von *Abusos Urbanísticos* gemacht. Er hat sich neben den polnischen Ausschussvorsitzenden gesetzt, auf der anderen Seite David Lowe<sup>37</sup>, und hat eine Pressekonferenz gegeben, mit dem Logo des Europarlaments und gefilmt von den Kameras des Parlaments. Calabuig und Carlos Iturgaiz sind Europarlamentarier, die hätten das Recht gehabt eine Pressekonferenz zu geben. Und dann hätte ich sie begleitet, weil ich Mitglied einer regionalen Regierung bin. Wir reden von einem Mann, Charles Svoboda, der nur der Vorsitzende einer Vereinigung ist.“<sup>38</sup> (Cristina S., Staatssekretärin im Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Autonomen Gemeinschaft von Valencia)

37 Es handelt sich hier um den Leiter des Sekretariats des Petitionsausschusses.

38 Bei dem Zitat handelt es sich um eine Übersetzung eines Ausschnitts aus dem in spanischer Sprache geführten Interview mit der Staatssekretärin. Die Originalaussage lautete: “El presidente de *Abusos Urbanísticos* junto con el presidente de la comisión y junto con el secretario

Wie im weiteren Verlauf dieses Bandes noch im Detail ausgeführt wird, beinhaltet dieser Moment noch weitere Konsequenzen: Als zentraler Aspekt lässt sich die symbolische Bedeutung der Unterstützung der Bürgerinitiative durch die Gemeinschaftsinstitutionen interpretieren. Sie dient als Grundlage, um zunehmend auf identitätspolitische Konstruktionen zu setzen, die sich auf den nun etablierten strategischen Alliierten im Kampf gegen das Baugesetz beziehen – Konstruktionen von Europa.

### *Politics of Networks and Mobility*

Während die Dimensionen von *politics of scale* und *politics of place* auch aufgrund der unterschiedlichen Einbettungen, die sie in der humangeographischen Forschung erfahren, analytisch vergleichsweise gut trennbar sind, stellt sich das Unterfangen bei den Politiken der Netzwerke und Mobilität als wesentlich schwieriger heraus. Wie bereits aus dem im vorigen Abschnitt zitierten Beitrag von Ash Amin deutlich wurde, stehen *politics of place* in einem engen Zusammenhang mit Netzwerken, die Orte, Räumlichkeit und Machtrelationen konstituieren (Amin 2004b). Um die institutionalisierte Politik mit ihren handlungsrelevanten Resultaten überhaupt herauszufordern, müssen soziale Bewegungen den Aufbau alternativer Kommunikationsnetzwerke vorantreiben, die dann aber in Konkurrenz zu den etablierten öffentlich-politischen und auch den privatwirtschaftlichen Kommunikationssträngen treten. Die Verbreitung neuer Medien und netzbasierter Kommunikationsformen (u.a. Newsletter, Blogs) haben die Kosten und Barrieren der Verständigung substanziell verringert, was die Etablierung von Kanälen der Wissensteilung erleichtert und die Entwicklung alternativer Handlungsstrategien durch translokale Netzwerke befördert (Salzbrunn 2004). Gerade der technologische Fortschritt hat zu einer eindrucksvollen Erhöhung der Geschwindigkeit und der Komplexität von vergleichsweise rezenten transnationalen Verknüpfungen zwischen Aktivisten geführt (Routledge 2003). Ein zentraler Mehrwert solcher Netzwerke liegt gerade in der Herstellung, dem Austausch, der Diffusion und der strategischen Aneignung von Informationen sowie der Koordination konkreter Aktivitäten inkl. der Aufteilung von Zuständigkeiten. Nicholls (2009) bringt zum Ausdruck, dass es für soziale Protestbewegungen von entscheidender Bedeutung

de la comisión tenían convocada una rueda de prensa oficial en el parlamento europeo, para dar cuenta de cómo se había debatido. Yo te pregunto, si tú crees que un ciudadano de aquí de la Comunidad Valenciana, podría hoy pedir ir a dar una rueda de prensa en tú parlamento alemán? (...) Yo te pregunto, si yo podría hoy sentarme en una mesa con un parlamentario tuyo a dar, yo, una rueda de prensa? Creo que sería impensable. Pues eso es lo que hizo el presidente de Abusos Urbanísticos No. Se sentó al lado el presidente polaco y al lado David Lowe y dio una rueda de prensa, con el logo de la cámara y con las cámaras de la cámara. Calabuig que es un eurodiputado, Carlos Itugairz que es otro eurodiputado, pues que hubieran tenido derecho, acceso a dar una rueda de prensa y que le hubiera acompañado yo, pues soy un miembro de un gobierno regional. Estamos hablando de un señor, Charles Svoboda, que solamente es presidente de una asociación.“

ist, wie diese Netzwerke geographisch zusammengesetzt sind und welche relationalen Dynamiken aus ihnen entstehen. Er unterscheidet dabei zwei Momente: *Erstens*, die Etablierung eher loser Verbindungen zwischen Aktivisten, die eine gemeinsame Vision auf gesellschaftliche Problemlagen teilen. Davon trennt er *zweitens* die Aktivierung dieser losen Netzwerke zur Durchführung konzertierter und koordinierter Kampagnen.

An dieser Stelle kann nun der (nun auch forschungsdramaturgisch unmittelbar bevorstehende) Rekurs auf identitätspolitische Aspekte weiterhelfen. Denn die Erfindung eines kohärenten und symbolisch aufgeladenen, quasi mystischen Gründungsakts zur Aktivierung eines Netzwerks kann eine nützliche Strategie darstellen, auch um eine bis dato taktische und eher unkoordinierte Handlungslogik in eine strategische Praxis sozialen Protests zu verwandeln. Dieser Akt kann eine Verbindung zwischen den Zielen einer Initiative und einem gemeinsam geteilten Ort der Erinnerung erzeugen, um der Initiative eine wenngleich frei „erfundene“ Tradition zu verleihen (Hobsbawm 1983). Dabei ist zu beachten, dass dem französischen Soziologen Maurice Halbwachs (1985) zufolge nur diejenigen Aspekte als Lehren und Weisungen zählen, deren Bedeutung bei weitem über die eigentliche Bedeutung der vollzogenen Praxis hinausreichen. Das kollektive Gedächtnis stützt sich dabei auf die Bilder, die am besten die Substanz der Gruppe zum Ausdruck bringen (Marcel, Mucchielli 2003), wobei die Aktualisierung des Gedächtnisses anhand von Inszenierungen und Re-Inszenierungen unter dem Bezug auf spezifische Symbole und Rituale erfolgt. Netzwerke können in dieser Hinsicht als Teil des kollektiven Gedächtnisses gewertet werden und auch im Gründungsmythos einer sozialen Bewegung verankert sein<sup>39</sup>. Wie deutlich wird, verschwimmt die analytische Grenzziehung zwischen Netzwerken und Identitätspolitiken vergleichsweise leicht, denn die Diskussion von Gründungsmythen verweist auf Aspekte, die Benedict Anderson (2006) als konstitutives Element von z.B. nationalen Identitäten beschrieben und im nächsten Kapitel ausführlich debattiert werden.

Bevor dies geschieht, soll zunächst aber noch die vierte eingangs erwähnte Perspektive zur Diskussion der Politiken und Geographien sozialer Bewegungen verhandelt werden, d.h. die *politics of mobility*. Politiken der Mobilität beziehen sich sowohl auf die materielle als auch die virtuelle Mobilität von Individuen, Objekten oder Diskursen. Sie können für die Etablierung von Strategien und Kämpfe gegen hegemoniale Machtrelationen als essentiell bezeichnet werden, wobei in der humangeographischen Forschung das wichtigste Augenmerk auf Aspekte wie die Organisation von Demonstrationen, öffentlichen Debatten und anderen Informationsveranstaltungen oder die Mitarbeit in Events mit der daraus resultierenden Etablierung vielschichtiger Räumlichkeiten betrachtet wird. Sheller, Urry (2006) haben kritisch gewürdigt, dass das Potenzial und die Bedeutung der Mobilitätperspektive für die Untersuchung von politischem Protest in den Sozialwissenschaften lange Zeit ignoriert wurde. Das Statement gilt insbesondere dann, wenn

39 In Kapitel 6.1 wird anhand der empirischen Debatte auf genau diesen Zusammenhang noch ausführlich verwiesen.

es sich um die komplexen Verflechtungen zwischen Netzwerken, Orten und Mobilität handelt (Urry 2007). Soziale Bewegungen und Protestartikulationen machen sich Mobilitäten zu Eigen und spielen mit den darin eingeschriebenen Differenzen, beispielsweise anhand des explizit reflexiven und gegen-hegemonialen Gebrauch öffentlichen Raums, mit dem Ziel die „spatio-temporal conditions of possibility“ zu verändern (Leitner et al. 2008, 165). Bis zu einem gewissen Grad helfen diese körperlichen oder auch vorgestellten und virtuellen Mobilitäten das Verständnis politischen Protests als performative Akte und Ausdruck des Alltagslebens zu schärfen. Auch hier ist der Übergang zwischen Politiken der Mobilität und der Frage der Performativität von durch Mobilität zum Ausdruck gebrachte Identitäten fließend. Anstatt die Konzeptionen von Mobilität, Netzwerken, Orten und multiplen Skalen nun aber vergleichsweise „gestellt“ auf die in ihnen eingeschriebenen Identitätskonstruktionen zu überprüfen, soll nachfolgend ein radikaler Bruch erfolgen und Identität zur zentralen Analysekategorie erhoben werden. Eine solche Perspektive von Identitätspolitik und politischen Identitäten verspricht einen innovativeren Weg, um sich den Konsequenzen transnational agierender sozialer Bewegungen aus einer kultur- und sozialtheoretischen Sichtweise heraus anzunähern.

### **3.2 *Doing Identity* – Eine Perspektive performativ konzipierter Identitäten zur Untersuchung räumlicher Nutzungskonflikte**

Im vorherigen Teilkapitel wurde ausführlich dargestellt, wie die Räumlichkeit gegen-hegemonialen politischen Engagements eine theoretische Position erfordert, aus der Konzeptionen wie skalare Politiken, die Verhandlung multipler Skalen ebenso wie Orte von einem relationalen Standpunkt aus gedacht werden. Wird demzufolge jegliche vorsoziale Kondition menschlicher Praxis abgelehnt können Diskurse über Raum und Räumlichkeit – je nach theoretischem Standpunkt – entweder als Ausdruck sozialer Praktiken oder Repräsentationen durch Zeichen und Texte gedacht werden (Lossau 2008). Relationalität bezieht sich aber nicht nur auf räumliche Diskurse, sondern auch auf die Vorstellung von Identitäten, welche als im Prozess permanenter Destabilisierung befindliche soziale Konstruktion betrachtet werden (Hall 1996).

Die Erzeugungsprinzipien von Identitäten greifen dabei auf eine Vielzahl von Positionierungen zurück: Praktiken, Wechselbeziehungen, Nicht-Beziehungen, Abwesenheiten, Lücken und Zwischenräume sowie andere, mehr oder wenige bewusste Verortungen in der sozialen Welt stellen die Grundlage sowohl individueller als auch kollektiver Identitäten dar. Ein grundlegendes Prinzip lautet dabei: Eine eigenbezogene Identität zu kennen, zu verstehen oder zu konstruieren (d.h. eine Vorstellung von einem ‚ich‘ oder ‚wir‘ zu haben), beinhaltet zumindest ein stilles oder unbewusst vorhandenes Wissen über einen ‚Anderen‘ (d.h. ‚Du‘ oder ‚Ihr‘), der nicht zu einem Selbst oder der eigenen Referenzgruppe gehört (Massey 2004; Penrose, Mole 2008). Konsequenterweise bedeutet dies zwangsläufig, dass Identität immer in Bezug auf eine Reihe von Differenzen etabliert wird.

In anderen Worten: „Identity requires difference in order to be, and it converts difference into otherness in order to secure its own self-certainty“ (Connolly 2002: XIV). Auf diese für die Debatte von Identität und Differenz zentraler erste Positionierung wird nachfolgend noch wiederholt zurückgekehrt.

*Alte Identitäten – Neue Identitäten: Zur Dezentrierung des Subjekts*

Die zuvor geäußerte Vorstellung, Identität stelle sich als eine soziale Konstruktionsleistung dar, die sich ebenso im Zeitverlauf wie in unterschiedlichen räumlichen Zusammenhängen verändere und damit relational sei, stellt einen Ausgangspunkt der weiteren theoretischen Debatte dar. Sie versteht sich jedoch besser, wenn im Vorfeld der vertiefenden Diskussion von Identitäten zunächst ein kurzer Rückgriff auf traditionelle Identitätskonstruktionen durchgeführt wird, die als alltagsweltliche Annahme noch immer weit verbreitet sind. Solche ‚alten‘ oder traditionellen Identitäten bauen auf einem totalitätsorientierten Kulturbegriff auf und konzipieren das Individuum anhand von vermeintlich eindeutigen Grenzziehungen, die sich in klar abgrenzbaren Kategorien, den Dichotomien von Innen und Außen, hier und dort sowie dem Individuum und der Gesellschaft ausdrücken (Hall 2000b, 64).

Einer der Kerngedanken aller alten und starren Identitätskonzeptionen ist die Annahme, jedes Individuum habe einen „wahrhaftigen“ Kern, d.h. ein „wahres Ich“. Dieses könne zwar verformt werden – in seinen Grundlagen sei es jedoch fest verankert, klar zu definieren und zu verorten. Eine derartige Vorstellung von Identität verklammert das Subjekt mit der gesellschaftlichen Struktur (Hall 2000b, 182). Ausgehend von der stabil erachteten Verfassung des Subjekts wurde Identität demnach als ein klar umrissener und eindeutiger Fixpunkt des Individuums konstruiert. Dabei wurde angenommen, dass uns die persönliche Identität mit ihren vielfältigen Inhalten als etwas unveränderliches oder nur in engen Grenzen veränderliches begleite und so den interpretativen Rahmen zur Einbettung unserer Handlungen vorgäbe. Diese Überzeugung geht in ihrer Logik von einem Element der Kontinuität aus, das in uns steckt - und dieses ‚wahre Selbst‘ verändere sich ‚lediglich mit der Geschwindigkeit eines Gletschers‘ (Hall 1999). Zu betonen ist an dieser Stelle, dass das verwendete konzeptionelle Rüstzeug trotz seiner semantischen Nähe keineswegs mit der Habitus-Theorie von Bourdieu verwechselt werden sollte. Bei traditionellen Vorstellungen von Identität handelt es sich um kulturwissenschaftliche Perspektiven, während Bourdieus praxeologisches Weltbild einem sozialtheoretischen und soziologischen Kanon entspringt. An dieser Stelle und im Rückgriff auf traditionelle Identitätskonstruktionen erscheint es wichtig, auf die Instrumentalisierung zu verweisen, welche sie zusammen mit dem statischen Kulturbegriff und einer eindeutigen Positionierung und Fixierung auf die Nation als sinnstiftende Einheit politischen Handelns erfolgte. Diese Verbindung kann dann zu einer vermeintlich über alle Zweifel erhabenen Vorstellung nationaler Identität verbunden und verwoben werden.

Die großen gesellschaftlichen Umbrüche der vergangenen Jahrzehnte haben nun aber zusammen mit der theoretisch-konzeptionellen Fortentwicklung des sozialwissenschaftlichen Gedankenguts zu klaren Zäsuren in Bezug auf die Konzeption kollektiver und individueller Identitäten geführt. Die wissenschaftsinternen und -externen Umbrüche gingen mit der weitgehenden Akzeptanz des bedeutungsorientierten und dynamischen Kulturverständnisses einher und haben den Bezug auf die ‚alten‘ Identitäten (zumindest in weiten Teilen) der Wissenschaftspraxis obsolet gemacht. Die Zerrüttung kollektiver Identitäten von gesellschaftlichen Schichten und Klassen sowie die fortschreitende Transnationalisierung von alltäglichen Praktiken lässt es als offensichtlich erscheinen, dass jede Rückbesinnung auf eine stabile und kollektiv geteilte Identität primär dem Zweck der Repräsentation dient. Stuart Hall (1999) zufolge bewegen sich Identitäten gegenwärtig in viele unterschiedliche Richtungen – und alle diese Richtungen entfernen sich von dem Ideal einer auf nationalen Wurzeln fußenden Identität. Die Nation entledigt sich also zunehmend ihrer identitätsstiftenden Rolle. Viele der Identitäten, die mit ihr einhergingen, scheinen ebenfalls in anderen Gemeinschaften aufzugehen. Diese gehen teilweise über nationale Identitäten hinaus und verbinden sie miteinander. Gleichzeitig bewegen sich kollektive Identitäten in wesentlich kleinere Gemeinschaften hinab. So steigt die Bedeutung von so vielfältigen Ebenen wie beispielsweise dem Freundeskreis, der dörflichen Gemeinschaft oder anderer alltäglicher Regionalisierungen als mittelbar verortbare Identitätsstifter permanent an (Cravey 2003; Davidson 2000; Paasi 2003). Zudem werden genau diese Aspekte in der wissenschaftlichen Debatte auch in überproportionalem Maße thematisiert, was den vom Forscher stärker ‚gefühlten‘ Bedeutungsverlust der nationalen Identitäten aufgrund der fachöffentlichen Diskurse noch verstärkt. In einer Welt, deren sinnstiftende Prozesse zudem immer weniger von klassenbasierten und der Dominanz einer auf Erwerbsarbeit zentrierten Weltsicht geprägt sind, nimmt die identitätsstiftende Bedeutung all derer Aspekte zu, die unmittelbar mit individuell ausgeübten und kollektiv geteilten Lebensstilen verbunden sind. Viele Kriterien des alltäglichen Konsums sowie des Freizeitverhaltens (z.B. Musik, Kunst, Sport, Urlaub, Shopping) erzeugen zusätzliche identitätsstiftende Markierungen, die in zunehmendem Maße die traditionellen Zusammenhänge von Identität einreißen (Jackson 1999; Urry 1995).

### *Nationale Identitäten als vorgestellte Gemeinschaften*

Die Akzeptanz eines relationalen und de-stabilisierten Verständnisses von Identität führt nun zu einer ganzen Reihe forschungstheoretisch interessanter Einsichten, und zwar sowohl aus theoretischer als auch politischer Perspektive. Doreen Massey (2004) vertritt die Überzeugung, die Berücksichtigung interner Vielfältigkeit und die De-Zentrierung von Identitäten beinhalte eine radikale Perspektive, die auch die vorgestellten Konzeptionen der Räumlichkeit von *scale*, *place* und *networks* auf den Prüfstand stelle. Dies passiere sowohl durch die im Subjekt erfolgende interne De-Zentrierung der Subjektivität als auch mittels der relationalen

Herstellung aggregierter Konzepte wie es z.B. die Begriffe Stadt, Region, Nation oder auch Europa darstellen – betrachtet als diskursive Formationen mit jeweils intrinsischen Machtverhältnissen. Wenn Gruppen, wie nachfolgend geschildert wird, im Sinne von Benedict Anderson (1993) als vorgestellte Gemeinschaften gedacht werden, dann sollten sie nicht anhand ihrer vermeintlichen Authentizität unterschieden werden, sondern anhand der hegemonialen Art und Weise wie sie vorgestellt werden (Wodak et al. 1998). Feministische und postkoloniale Theoretiker wie Edward Said oder Judith Butler weisen in dieser Hinsicht darauf hin, dass die hegemonialen Machtverhältnisse darauf abzielen die sozialen Konstruktionsleistungen, welche die Grundlage individueller und gruppenspezifischer Identitäten darstellen, durch Prozesse der Naturalisierung und Essentialisierung unsichtbar zu machen.

Obwohl in der spätmodernen Welt also eine beachtliche Ausweitung möglicher Bezugsrahmen stattgefunden hat, aus denen sich gruppenspezifische und kulturelle Zugehörigkeiten speisen können, gehört die nationale Identität weiterhin zu den machtvollsten und politisch wirksamsten Quellen kultureller Vergemeinschaftung. Nationalitäten bestimmen über den Einschluss in spezifischen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systemen und stellen im zeitgenössischen politischen Leben einen vermeintlich universellen und äußerst hoch legitimierten Wert dar (Anderson 1993). Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass die heute als selbstverständlich erachtete Übereinkunft, jeder Mensch kann und solle eine Nationalität besitzen, ein historisch junges Konstrukt ist, dessen Anfänge sich lediglich bis in das ausgehende 18. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Erst im Zeitalter der Industrialisierung entwickelten sich nationale Identitäten in ihrer gegenwärtig umfassenden Wirkmächtigkeit (Gellner 1997). Anders, als es nationalistische Konstruktionen nahelegen, sind Nationen also keineswegs historisch kontingente und traditionsreiche, bis in die „Tiefen einer unvordenklichen Vergangenheit“ zurückreichende Gemeinschaften (Eickelpasch, Rademacher 2004, 69). Ihre auf einer kollektiv geteilten Vergangenheit basierende Identität muss daher unter einem enormen Konstruktionsaufwand diskursiv mit zunächst arbiträren Zeichen und Symbolen verknüpft werden. Solche bis zu einem gewissen Grade willkürliche historische Konstruktionen stützen als sinnentleerte *signifiers* einen dem Nationalismus nützlichen hegemonialen Diskurs, dienen als Ausdruck symbolischer Macht und verkörpern Aspekte wie z.B. Tradition, Geschichte und Herkunft (Laclau, Mouffe 1991). In dieser Hinsicht kommt zwei Aspekten eine prägende Bedeutung zu:

- Einerseits handelt es sich um die Erzählung, welche den Ursprung der Nation in einer vorgeschichtlichen, quasi mythischen Zeit verankert, selbst wenn es sich um erst in der jüngsten Vergangenheit gegründete Nationen handelt. Dieser nationale Gründungsmythos suggeriert, die Nation sei im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung zu einem quasi vorreflexiven Phänomen geworden, welches sich als wechselseitig anerkannte Konzeption der menschlichen Kritik entzieht (Eickelpasch, Rademacher 2004; Hall 2000b).

- Andererseits sind mit der Nationsbildung auch umfangreiche Prozesse des Vergessens sowie Auslassungen verbunden, die Bhabha (1997, 180) zufolge insbesondere den Beginn der Nationsbildung und der nationalen Narrative begleiten. Sowohl symbolische als auch physische Gewalttaten bieten sich dem Drang zum Vergessen an, insbesondere wenn es sich kollektiv „ungeteilte“ Geschichtsschreibung handelt.

Die ausgeführten Überlegungen bezeugen also den Standpunkt, dass Nationen weder „organisch gewachsene Entitäten“ (Herb 1999, 14) darstellen noch, wie im ausgehenden 18. Jahrhundert u.a. vom einflussreichen Kulturphilosophen Herder proklamiert, ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen „Kultur“, „Sprache“ und „Volk“ sowie seiner räumlichen Repräsentation in einem nationalen Territorium bestehe oder geschaffen werden müsse. Anderson (1993) zeigt, dass weder die Einheitlichkeit noch die Unveränderlichkeit nationaler Identitäten etwas Naturhaftes seien und bricht damit essentialistische Positionierungen zum Zusammenhang von Nation und Identität auf. Nationale Identitäten werden seinen Reflexionen zufolge lediglich durch die machtvollen Erzählungen und Überlieferungen permanent bestätigt. Als gesellschaftliche Gegebenheit existieren nationale Identitäten nur insofern, als dass sie im Bewusstsein ihrer Mitglieder verankert sind und daher Wirkmächtigkeit erhalten (Eickelpasch, Rademacher 2004). Seine Argumentation dient ihm zur nachfolgenden Definition des Konzepts der Nation:

„Sie ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän. Vorgestellt ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert. [...] In der Tat sind alle Gemeinschaften, die größer sind als die dörflichen mit ihren Face-to-face-Kontakten, vorgestellte Gemeinschaften.“ (Anderson 1993: 15)

Neben dieser Idee von *imagined communities*, d.h. vorgestellten Gemeinschaften, müssen Nationen aber auch als beschränkte Entitäten begriffen werden. Als unüberschaubare Einheit definiert sich jede Nation zwangsläufig über territorial und kulturell gedachte Achsen, die ihre Gemeinsamkeit erst über ein konstitutives Anderes erhalten. Ohne Fremde, die sich von der als ‚Wir‘ definierten Nation unterscheiden, würde sich auch der Begriff des Einheimischen in seine vielfältigen Differenzierungen auflösen. In der Vorstellung nationaler Gemeinschaften wird, ähnlich wie bei jeder anderen vorgestellten Gemeinschaft, von Ungleichheiten, Entfernungen und der kulturellen Unterschiede ihrer Mitglieder abstrahiert, eine (Wieder-)Verwurzelung der Subjekte in Gang gesetzt und dieses Vorgehen diskursiv begründet (Bhabha 1997; Singer 1997). Wird jedoch die fortschreitende Internationalisierung der Alltagskultur betrachtet, so offenbart sich in zunehmendem Maße, dass die Rückbesinnung auf eine in der Vergangenheit verortete und auf die Gegenwart sowie gemeinsame Zukunft projizierte kollektiv geteilte nationale Identität nur ein psychologischer Trick ist, der dem Zweck ihrer Erfindung dient und so ihre symbolischen Repräsentationen befördert (Anderson 1993). Aus welchen Gründen dieser Trick funktioniert und inwiefern er auch auf andere kollektiv geteilte symbolische Repräsentationen und Sinnsysteme übertragbar und

damit für die Analyse dynamischer Konflikte von Mehrwert ist, soll nachfolgend unter Berufung auf zwei Aspekte diskutiert werden: Erstens der Vorstellung von Identitäten als erkannte Gleichheit und performativer Akt und zweitens der Konzeption von Identitäten durch das *kollektive Gedächtnis*.

### *Identitäten als erkannte Gleichheit und performativer Akt*

Wie im Verlauf dieses Kapitels bereits mehrfach angerissen wurde, ändern sich durch die weltweite und permanente Verfügbarkeit kultureller Wissensbestände sukzessive die inhaltlichen Prinzipien, nach denen sich Identitäten bilden. Insbesondere die einst als statisch gedachte Bindung von Identitäten an das territoriale Prinzip des Nationalstaates werde, wie z.B. Stuart Hall (2000b) zum Ausdruck bringt, im Zuge der Globalisierung der alltäglichen Lebenswelten zunehmend zerrüttet. Wie z.B. Krauß (2001) zum Ausdruck bringt, entsteht Identität als ein Produkt von Unterschieden, die nur in Beziehung zum Anderen wahrgenommen werden. Notwendige Voraussetzung für den Versuch einer Begriffsbestimmung ist die Zustimmung zur Aussage, dass es sich bei Identität um eine erkannte Gleichheit handeln muss: Um also eine wie auch immer geartete Gruppenidentität zu konstatieren, muss eine hinreichende Gleichheit verschiedener Personen in unterschiedlichen Situationen festgestellt werden. Dies hängt eng damit zusammen, dass unterschiedliche Individuen die Beobachtungen der sozialen Welt in einer gemeinsamen Weise teilen. Konstitutiv ist dieser Vorstellung aber auch, dass es Subjekte geben muss, die mindestens eine andere Form der Wahrnehmung besitzen und dass Beobachtungen voneinander abweichen können (Huck 2005, 56f). Wie zu Beginn dieses Kapitel bereits mit Connolly (2002) aufgeführt wurde, besteht der Ausgangspunkt aller Überlegungen über kulturelle und andere gruppenspezifische Identitäten in der Überzeugung, dass Identität und Differenz zwei zusammengehörige Konzepte darstellen und unter keinen Umständen getrennt gedacht werden können. Identität definiert sich auch als ein Produkt von Unterschieden, die nur in Beziehung zu einem konstitutiven Anderen wahrgenommen werden. Jegliche Art der Identität fußt demzufolge auf der Notwendigkeit, das ‚Eigene‘ in Beziehung zu einem abgrenzbaren ‚Anderen‘ zu denken, wobei in der Regel auf binäre Denkschemata zurückgegriffen wird. Im Namen von Identität werden durch die Individuen vermeintliche soziale und kulturelle Grenzen gezogen, interpretiert und damit reproduziert und angepasst; es werden soziale Normen und Praktiken formuliert und so politisch gehandelt. Dabei wird jegliche Art politischen Handelns als gefährdet betrachtet, wenn es nicht in der Lage ist, klare Grenzziehungen durchzuführen und damit für einen vermeintlich stabilen Einschluss und Ausschluss zu sorgen. Ausgehend von einem eindeutig situierten ‚Ich‘ sowie bei kollektiven Identitätspolitikern einem kollektiven ‚Wir‘ wird anhand von Grenzziehungen symbolische Macht, Einfluss und Geltung reklamiert. Was unter nationaler, kultureller oder ethnischer Identität dann im Detail zu verstehen ist, bleibt jedoch weitgehend diffus. Für politisches Handeln ist also ein stabiles Subjekt mit einer vermeintlich geklärten Identität unverzichtbar, und gerade deshalb

sind Ausgrenzungen notwendig (Krauß 2001, 28). Da das Subjekt aber in sozialen Regelsystemen, Normen und Diskurskonstellationen eingebunden ist, werden Grenzen permanent neu gezogen und Ausgrenzungen kontinuierlich neu ausgehandelt; das stabile Subjekt und die geklärte Identität können nur temporär festgemacht werden. Deswegen ist es weniger die Identität ‚an sich‘, die von sozialwissenschaftlichem Interesse ist, sondern vielmehr die Praktiken, die zur temporären Verortung und Stabilisierung der Identität vollzogen werden. In diesem Sinne wird dann von Identifikation gesprochen.

Als Reaktion auf die Dezentrierung des Subjekts erweitert Stuart Hall die Identitätsdiskussion um die Frage nach Identifikation als einen Prozess, der niemals abgeschlossen ist und immer notwendigerweise die Position des Anderen implizit beinhaltet. Jede Eigenpositionierung erfolgt anhand der Tatsache, dass es ein konstituierendes Anderes gibt. Das Eine und das Andere müssen also immer zusammen gedacht werden, das Andere ist immer ein Teil von uns selbst, da wir uns nur aufgrund der Existenz von etwas Anderem differenzieren können. Darüber hinaus ist Identität immer eine Erzählung und damit eine Art der Repräsentation, sie ist das, was in uns selbst über uns erzählt wird. Und genau das, was wir über uns selbst erzählen, verändert sich nicht nur im Laufe der Zeit, sondern auch in Abhängigkeit von dem Ort oder den Umständen, an oder in denen wir uns gerade befinden. Neben dem permanenten Veränderungsprozess zeichnen sich diese Identitätskonstruktionen durch zwei zentrale Aspekte aus: Sie besitzen einerseits einen immerwährenden Repräsentations- und Inszenierungsprozess, sind also handlungs- und zeichenorientiert zu deuten. Darüber hinaus stehen sie in einer steten Auseinandersetzung mit Differenzen. Identitäten sind demzufolge nicht nur durch die eigene Wahrnehmung geprägt, sondern stellen die Beziehung des Anderen zu einem selbst dar (Hall 1999, 93), sie existieren also nur im Sinne eines relationalen Verständnisses. Anhand der Markierung oder Nicht-Markierung von Differenz wird dabei über den praktischen Einschluss und Ausschluss von Identitäten auf einer persönlichen und individuellen Ebene entschieden; ein Prozess, der weder standardisiert noch strikt vorgegeben ist, sondern im alltäglichen Handeln reproduziert und permanent angepasst wird (Hall 2004a). Judith Butler (1991) schlägt daher vor, sich von allen vorab festgelegten Kategorien zu verabschieden und diese erst im politischen Kampf mit Inhalten zu füllen. Dabei treffen abweichende Positionen in unterschiedlichen Kombinationen zusammen, ohne die Vielfalt der eingebrachten Identitäten auszublenden. Derartige Koalitionen sind dynamisch und bis zu einem gewissen Grad unvorhersehbar. Einzige Voraussetzung und unerlässliche Vorbedingung für eine erfolgreiche Bündnispolitik ist eine gemeinsame Solidarität.

Im alltäglichen politischen Handeln selbst lassen sich die Vorüberlegungen nicht ganz so leicht auf Identitätspolitik übertragen, denn die Politik ist von Widersprüchen geprägt, die zunächst in differenzierte Handlungsstrategien ‚übersetzt‘ werden müssen. Identitätspolitik sind demnach ein offener Schauplatz umkämpfter Identitäten, die neue und innovative Handlungsoptionen eröffnen. Gerade die Öffnung hin zu neuen Vorstellung der Artikulation und Neufassung von Identität erbringt neue Chancen und Möglichkeiten, da sich so im politischen

Prozess bestehende Identitätskonzepte erweitern und verschieben können (Butler 1991). Dieser Ansatz führt auch zu einer konzeptionellen Erweiterung des ‚Politischen‘, wobei auch die Entstehungsbedingungen von Identitäten und ihre gesellschaftlichen Anschlussverfahren berücksichtigt werden. Identitätspolitische Analysen und Interpretationen hinterfragen und dekonstruieren die Konstruktionen individueller und kollektiver Identitäten und Identifikation. Mit diesem Blick kann die (temporäre) Fixierung der Identitäten im politischen Kampf als Konstrukt enttarnt und kritisch hinterfragt werden.

### *Identitäten anders gedacht: das kollektive Gedächtnis*

Die im vorherigen Abschnitt geführte Diskussion von Nationen und Kulturen als vorgestellte Gemeinschaften soll nun erweitert und ergänzt werden. Hierzu dienen die Perspektive des französischen Soziologen Maurice Halbwachs sowie der von ihm geprägte Begriff des kollektiven Gedächtnisses. Er hilft bei der Analyse sozialer Praxisformen, die sich nicht als Reaktion auf konkrete persönliche Erfahrungen erklären lassen, sondern primär an Überlieferungen und Traditionen – inklusive ihrer symbolischen Deutungen – gebunden sind (Wodak et al. 1998). Aus den Schriften von Halbwachs werden nachfolgend drei Aspekte herausgearbeitet, die zur Schärfung der Bedeutung sozialer Bedingungen für die Repräsentation und Deutung kultureller Sinnsysteme beitragen. Im Detail ist dies erstens die soziale Konstruktion und der gesellschaftliche Bezugsrahmen des individuellen Gedächtnisses, zweitens die Herausbildung des kollektiven Gedächtnisses in Gemeinschaften, sowie drittens die Dynamik dieses kollektiven Gedächtnisses.

In seiner Arbeit *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen* eröffnet Halbwachs (1985) die Diskussion über den gesellschaftlichen Bezugsrahmen des individuellen Gedächtnisses mit einer radikalen Hinterfragung der individualpsychologischen Sichtweise auf die menschlichen Erinnerungen. Er geht von der These aus, dass Erinnerung nicht ‚an sich‘ erfolge und dass es keinen körperlichen ‚Ort‘ des Erinnerns gebe. Jede Erinnerung an Situationen aus der persönlichen Vergangenheit sei demnach eine Rekonstruktion, in der die Eindrücke und Bilder bruchstückhaft aufgerufen und im Prozess der Re-Inszenierung in einem performativen Akt vervollständigt werden (Marcel, Mucchielli 2003). Demzufolge gebe es weder eine einzige und eindeutige Vergangenheit, noch eine wahrhaftige Besinnung ohne gesellschaftliche Einbettung (Halbwachs 1967). Für die Koordinations- und Reproduktionsleistung der Erinnerung sei ein permanenter Austausch zwischen Subjekt und Struktur notwendig. Den Bezugsrahmen der Erinnerung bezeichnet er als kollektive Erfahrung oder kollektives Gedächtnis, den jede Rekonstruktion zur Re-Inszenierung benötigt. Die Rekonstruktion der Vergangenheit sei also nur deshalb möglich, weil sie einen Teil der gegenwärtigen kollektiven Erfahrung bilde (Egger 2003) und in Beziehung zum gesellschaftlichen Kontext stehe. Alle Erinnerungen sind also soziale Konstruktionen kollektiver Art und ein Teil des sozialen Systems. In Konsequenz kann die Rekonstruktion der Erinnerung nur verstanden werden, wenn das Subjekt in den Kanon der unterschiedli-

chen Gruppen hineinversetzt wird, zu denen es gleichzeitig gehört (Marcel, Mucchielli 2003).

Diese zunächst am Subjekt orientierte Perspektive kann Halbwachs zufolge nun auch auf kollektive Erinnerungsprozesse übertragen werden, wodurch die Anschlussfähigkeit zu den zuvor diskutierten Entstehungs- und Gründungsmythen nationaler Identitäten gegeben ist. Denn Traditionen, die in der Familie, der Religion oder bestimmten sozialen Klassen existieren, beruhen auf kollektiv geteilten Repräsentationen von sich selbst, die eine über die einzelnen Subjekte hinausgehende Autonomie besitzen und damit den Fortbestand auch in Zeiten gesellschaftlichen Wandels sichert (Marcel, Mucchielli 2003, 216). Denn Halbwachs zufolge basieren Repräsentationen weniger auf konkreten, d.h. auf einen bestimmten Ort oder einen bestimmten Moment zu reduzierenden Ereignissen, sondern aus der Verwebung und Stilisierung verschiedener Elemente zu einer hegemonialen Erzählung.

Anhand der Untersuchung des religiösen Gedächtnisses des Christentums gelingt es Halbwachs in *Stätten der Verkündigung im Heiligen Land* (2003, 190ff) die Entwicklung des kollektiven Gedächtnisses auf zwei Grundsätze zurückzuführen: Als Gesetz der Teilung oder der Dualität an gegensätzlichen Stellen, das er anhand der Teilung von Jesu Geburt und der Verortung der Krippe aufzeigt, wird die Zuordnung einer Begebenheit zu unterschiedlichen Orten verstanden. Ein einziges Ereignis wird im kollektiven Gedächtnis anhand unterschiedlicher Schilderungen aufgeteilt und so in seiner Bedeutung vervielfacht. Hiervon unterscheidet er das Gesetz der Häufung oder Konzentration, nach dem ein und demselben Ort unterschiedliche Begebenheiten zugeordnet werden, die keineswegs miteinander in Beziehung stehen müssen. Im kollektiven Gedächtnis tauchen demzufolge die aus ganz unterschiedlichen Alltagsbereichen stammenden Symbole, Texte, Traditionen und Rituale auf, die zur Rekonstruktion der Identitäten notwendig erscheinen. Diese Rekonstruktionen sind, wie Halbwachs sowohl an der Entstehung neuer gesellschaftlicher Klassen im Zuge der Industrialisierung als auch der Veränderung des kollektiven Gedächtnis der christlichen Religion nachweist, alles andere als permanent und geschlossen. Ganz im Gegenteil werden sowohl die herrschenden hierarchischen Beziehungen als auch die Bedeutungszuschreibungen permanent umgebaut. Bestimmte Erinnerungen werden dabei aufgegeben, während an anderer Stelle neue Erinnerungen hinzugefügt werden. So wird auch neuen Generationen die identitätspolitische Einordnung in gegenwärtige soziale Umgebungen ermöglicht (Marcel, Mucchielli 2003). In den Beispielen zur christlichen Religion zeigt Halbwachs auf, wie sich das kollektive Gedächtnis in den ersten Jahrhunderten nach Christus aus einer Perspektive speiste, welche die Nähe zum Judentum betonte. Die gegenwärtigen Dogmen der Distanz zur jüdischen Religion wurden hingegen erst dann dominant, als sich das Christentum bereits wesentlich gefestigt und seinen Einflussbereich ausgebaut hatte (Halbwachs 1985). Daraus zieht er den Schluss, dass das kollektive Gedächtnis nur die Ereignisse erinnert, die gleichzeitig als Lehren und Unterweisung gelten und über das Ereignis hinausgehende Bedeutungen besitzen (Halbwachs 2003, 195f). Das kollektive Gedächtnis stützt sich also nicht auf beliebige Bilder, sondern besteht aus solchen,

die gegenwärtig die Substanz einer Gruppe zum Ausdruck bringen (Marcel, Mucchielli 2003). In Konsequenz beinhaltet das kollektive Gedächtnis also eine sich historisch wandelnden Interpretation dessen, was als Erinnerung an die Vergangenheit in einer Gemeinschaft eine Rolle spielt. Die Aktualisierung des Gedächtnisses erfolgt anhand von Inszenierungen und Re-Inszenierungen, und zwar unter dem Bezug auf spezifische Symbole und Rituale. Im Sinne von ‚theatralischen‘ Darstellungen ergibt sich aus dieser Konzeption eine Zugänglichkeit der kollektiven Sinngebungsprozesse durch politische Handlungen und Ereignisse, die sich ebenso in die performative Sichtweise Judith Butlers als auch die Identifikationsprozesse Stuart Halls einordnen lassen. In Konsequenz lässt sich also *Doing Identity* im Sinne dieses performativen Inszenierung und Repräsentation des kollektiven Gedächtnisses auffassen.

*Identitätspolitik und politische Identitäten:  
alternative Perspektiven auf räumliche Nutzungskonflikte*

Wie im Laufe dieses Kapitels aufgezeigt wurde, erfolgte in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten eine diskursive Verflechtung von Identitätspolitik, die sich im weitesten Sinn mit der Konstruktion nationaler und kultureller Identitäten beschäftigt, beide betrachtet als historisch kontingente Konstrukte. Nationale Identitäten stellen weiterhin einen bedeutenden Rahmen der Identifikation dar, um kollektive Zugehörigkeit zu Gruppen zum Ausdruck zu bringen, aber jüngere kulturwissenschaftliche und kulturgeographische Studien haben genau diesen Zusammenhang theoretisch und forschungspraktisch widerlegt. Postkoloniale Theorien unterstützen dabei die These, dass die Bedingungen kulturell markierten Engagements performativ produziert sind. Deshalb fokussieren sie ihre Analyse auf die De-Chiffrierung kultureller Codes, auch um eine Destabilisierung dieser hervorzurufen (Bhabha 2008). Obwohl Homi Bhabhas Thesen zur kulturellen Hybridisierung in diesem Zusammenhang weitgehend akzeptiert worden sind, stellt die Frage wie Subjekte sich anhand eines strategischen Bezugs auf essentialistisch interpretierter kulturelle Konzepte politisch positionieren (auch in gegenhegemonialen Bewegungen des politischen Widerstands) weiterhin ein umstrittenes Diskussionsfeld dar. Die Reaktion von Identitätspolitik auf die anerkannte diskursive Schwächung des Nationalstaates kann nun mit Stuart Hall (2000b) zwei divergente Dimensionen besitzen. Einerseits kann eine Regression hin zu einem defensiven, aggressiven und rassistischen Nationalismus erfolgen, die sich einer Essentialisierung aufgrund der erfahrenen Machtlosigkeit hingibt und so neue Kraftentfaltung sucht. Darüber hinaus kann es aber auch eine Reaktion geben, die sich als integrativ bezeichnen lässt und in die Herausbildung neuer Muster kultureller Identität mündet. Letztere Haltung kann als Grundlage dafür bewertet werden, dass sich soziale und politische Innovationen ereignen, die traditionelle Identifikationsstrategien herausfordern, und zwar trotz der von Glasze (2007) in Anlehnung an diskurstheoretische Positionen formulierte Notwendigkeit zumindest temporärer oder fragiler Bedeutungsfixierungen von Identitäten. Weitere Debat-

ten in Bezug auf Identität fokussieren ebenfalls in zunehmendem Maße auf die transnationalen und postmodernen Bedingungen bei der performativen Herstellung von Identitäten. So verweisen z.B. Isin, Wood 1999 auf die Simultanität und Mehrdeutigkeit, welche die Performanz von Identitäten mit sich bringt. Aber auch in dieser Hinsicht wird darauf hingewiesen, dass Identitätspolitik nicht nur von Gruppen zur Anerkennung und Bestätigung verwendet werden, sondern von anderen Fraktionen auch zur Durchsetzung von Dominanz und Herrschaft zum Einsatz kommen. Wie Featherstone (1991) zeigt, erfolgt dies in vielfältigen Arenen, die von *Gender* und Sexualität bis zu Lebensstil und Geschmack reichen. Auch die Migration wohlhabender Senioren nach Südeuropa kann als ein identitätspolitisches Statement betrachtet werden, nämlich als Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer europäischen Lebensstil-Gemeinschaft, die sich durch den Konsum von spezifischen Gütern wie z.B. einer attraktiven Landschaft oder als positiv bewerteten klimatischen Bedingungen sowie einer Vorstellung des aktiven und ‚erfolgreichen‘ Alterns definiert.

In einem globalen Umfeld, das seine Bedeutungen durch eine Reihe transnationaler Verankerungen und Bedeutungszuschreibungen erhält, können auch politische Aktivitäten und politische Beteiligung als Fragen der (kulturellen) Identität betrachtet werden. Auch deshalb bietet es sich nun an, über die Möglichkeiten nachzudenken, die Identitätspolitik als Repräsentationen sozialer und räumlicher Bedeutungszuschreibungen für die politische Vergemeinschaftung in politischen Protestbewegungen bieten. Wie Nicholls (2009) aufzeigt, werden essentielle Identitätskonstruktionen in politischen Auseinandersetzungen und politischen Widerstandsbewegungen absichtlich und als strategisches Mittel eingesetzt um interne Differenzen auszuschalten. Castiglione (2009) spricht daher nicht von Identitätspolitik, sondern von strategisch verwendeten politischen Identitäten; ein Begriff, der die explizite Konstruktionsleistung verschärft zum Ausdruck bringen soll. Politische Identität beinhaltet zwei unterschiedliche Auffassungen: Einerseits wird so konzeptualisiert, wie politische Aktivitäten und/oder Institutionen im Prozess der Identifikation und Differenzierung eine aktive Rolle einnehmen. Demzufolge lässt sich die offene Vorstellung konzipieren, gleichzeitig mit unterschiedlichen politischen Gruppierungen zu sympathisieren und sich mit diesen zu identifizieren. Andererseits bezieht sich politische Identität aber auch auf die Loyalität und Gefolgschaft, die politische Gemeinschaften von ihren Mitgliedern einfordern um sich so gegen andere Formationen abgrenzen und zur Wehr setzen zu können. Diese letztere Vorstellung ist es, die politische Gruppen in schlagfertige und handlungsfähige Akteure verwandelt – gleichzeitig steckt genau in dem durch Identität aufgeladenen Gehorsam die Gefahr, die z.B. die Mehrheitsgesellschaft in extremistischen Gruppierungen wahrnimmt.

In der politischen Auseinandersetzung, die im empirischen Teil dieses Bandes bearbeitet wird, stehen nunmehr Bedeutungszuschreibungen von kulturell interpretierten politischen Identitäten im Mittelpunkt, welche die Gruppe der politischen Aktivisten erst hervorbringen. So wird unter dem Rückgriff auf Identität ein ökonomischer Konflikt auf ein kulturell interpretiertes Terrain übertragen und so politisch erst wirksam gemacht. Gerade die bewusste Ausblendung von Differen-

zen, die Erfindung von gruppeninterner Kohärenz und durch Identität aufgeladene Ein- und Ausschlussprinzipien führen zur Bildung einer schlagkräftigen politischen Basis. Da diese Konstruktionen unter dem Label „Europas“ stattfinden, wird sich im weiteren Verlauf dieses Kapitels nun der Frage zugewendet, inwiefern europäische Identitäten anhand der zuvor diskutierten konzeptionellen Grundlagen und Herangehensweisen an Identität, Identitätspolitik und politische Identitäten untersucht werden können. Wodak und Puntischer Riekmann (2003) begründen, dass die soziale Praxis sowie die Diskurse über Europa und europäische Identitäten konzeptionell keinen wesentlichen Unterschied zu nationalen oder kulturellen Identitäten beinhalten, sondern nach vergleichbaren Mechanismen individueller und kollektiver sozialer Konstruktionsleistung ablaufen. Allerdings wird die Perspektive von den symbolischen Identitätskonstruktionen ausgehend noch um einen weiteren Aspekt erweitert. Denn es fällt auf, dass in der Diskussion um identitätspolitische Konstruktionen von Europa die formalen EU-Institutionen eine wachsende und ‚normalisierende‘ Rolle spielen. Sie etablieren machtvolle Ein- und Ausschlusskriterien, die sich zunächst primär an der Mitgliedschaft der Nationen zur Europäischen Union festmachen. Diese Zugehörigkeit führt auch zu individuellen Statusänderungen bei den Subjekten, was insbesondere in Zusammenhang mit der Ausweitung grenzüberschreitender staatsbürgerlicher Rechte steht (Faist 2000a). Darüber hinaus entnationalisieren aber eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Routinen unsere alltagsweltlichen sozialen Praktiken: Die Vielfalt europäischer Kofinanzierung (von der Agrarförderung bis zur Restaurierung lokaler Kulturschätze), institutionelle Bürokratien (EU-Kommission, europäisches Patentamt, Eurostat) oder auch die vielfältigen Mobilitätsprogramme (die über die Ausbildung und Wissenschaft hinausgehen) führen dazu, dass sich Europa quasi unmerklich und oft ohne eigenes „Kleid“ in eine zunehmende Zahl sozialer Praktiken eingeschrieben hat (Sorge 2000).

### 3.3 Das soziale Konstrukt der europäischen Identität – Verhandlungen politischer Identität in räumlichen Nutzungskonflikten

„The Nine Member Countries of the European Communities have decided that the time has come to draw up a document on the European Identity. [...] They have decided to define the European Identity with the dynamic nature of the Community in mind. [...] The Nine wish to ensure that the cherished values of their legal, political and moral order are respected, and to preserve the rich variety of their national cultures. Sharing as they do the same attitudes to life, based on a determination to build a society which measures up to the needs of the individual, they are determined to defend the principles of representative democracy, of the rule of law, of social justice – which is the ultimate goal of economic progress – and of respect for human rights. All of these are fundamental elements of the European Identity.“

(Europäische Gemeinschaft 1973)

Vor nunmehr über dreieinhalb Jahrzehnten beteuerten die Staats- und Regierungschefs der damals neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf dem am 14. und 15. Dezember 1973 stattfindenden Europäischen Gipfel in Kopenhagen erstmals ihre Entschlossenheit zur Aufnahme des Konzepts der Europäischen Identität in die gemeinsamen Außen- und Innenpolitiken. Wie die „Erklärung zur europäischen Identität“ zum Ausdruck bringt, wird „Europäische Identität“ aus einer dynamischen Perspektive betrachtet, die auf der „reichen Vielfalt der nationalen Kulturen“ aufbaut und das kollektiv geteilte „Bewusstsein einer gemeinsamen Lebensauffassung“ in den Mittelpunkt stellt. Unter Bewahrung der „rechtlichen, politischen und geistigen Werte“ der Mitgliedsstaaten werden die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte als Grundelemente der europäischen Identität definiert. Wie in dem Dokument des Weiteren aufgeführt wird, wollen die Mitgliedsstaaten ihre europäische „Identität im Verhältnis zu anderen politischen Einheiten“ schrittweise bestimmen, um so den inneren Zusammenhalt zu stärken und zur Formulierung einer „wirklich europäischen Politik“ beizutragen (Europäische Gemeinschaft 1973). Mehr als 35 Jahre nach der Erklärung von Kopenhagen hat sich das europäische Projekt in erheblicher Hinsicht gewandelt: Es ist in den Alltagspraktiken der Unionsbürger (aber auch der Nicht-EU-Bürger innerhalb den EU-Staaten sowie der außerhalb der Union lebenden Staatsbürgern von Drittstaaten) angekommen und hat sich in diesen quasi selbständig und unmerklich verankert. Eine ganze Generation „Europäischer Bürger“ ist herangewachsen und lebt die alltäglichen Freiheiten den unbeschränkten Grenzübertritts, sowie der Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes innerhalb der inzwischen auf 27 Mitgliedsstaaten angewachsenen Europäischen Union. Das institutionelle Gefüge der EU<sup>40</sup> mit Gemeinschaftsinstitutionen wie dem Europäischen Parlament, der

40 Das institutionelle Gefüge der Europäischen Union setzt sich durch drei, in den EU-Verträgen festgeschriebene ‚Säulen‘ zusammen. Im Detail sind dies erstens die Europäischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft), zweitens die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und drittens die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen. Während die beiden letzteren Säulen intergouvernementale Formen der Zusammenarbeit darstellen, handelt es sich bei den Europäischen Gemeinschaf-

Kommission und dem Europäischen Gerichtshof reguliert eine Bandbreite von Aspekten des alltäglichen Lebens; die darin verbrieften Akteure haben sich mittlerweile zu sichtbaren politischen Akteuren entwickelt<sup>41</sup>. Innerhalb der Europäischen Union haben sich die gesellschaftlichen und insbesondere die politischen Rahmenbedingungen aufgrund der Ratifizierung und Implementierung der Verträge von Maastricht<sup>42</sup> einschneidend verändert. Mit der Freiheit in Bezug auf den Wohn- und Arbeitsort wurde nicht nur die transnationale Mobilität befördert, sondern auch eine Form der Staatsbürgerschaft etabliert, die das gewohnte Verständnis von nationalen Zugehörigkeiten hinterfragt (Wiener 1998). Die Europäische Union hat somit eine Flexibilisierung des Verständnisses von Staatsbürgerschaft eingeleitet, welches seit der Gründung der europäischen Nationalstaaten eine weitgehend statische Auffassung zu nationalen Zugehörigkeitsprinzipien beinhaltete. Denn als prototypisch geltende staatsbürgerschaftliche Rechte wie die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen abzustimmen und selbst gewählt werden zu können, korrespondieren nun nicht mehr mit dem statischen Konzept der Nationalität, sondern mit der dynamischen Frage nach dem Wohnort eines EU-Bürgers (Day, Shaw 2002). Die Übertragung des Wahlrechts innerhalb der EU stellt faktisch eine teilweise Abkehr von einem ausschließlich an die Nationalität gebundenen Verständnis von *Citizenship* dar, da es vielfältige Partizipationsmöglichkeiten in unterschiedlichen Gesellschaften ermöglicht. Zwar besitzen einige Staaten wie Irland, die Niederlande, Schweden, Dänemark oder Norwegen bereits längere Erfahrungen mit der aktiven politischen Teilhabe von Ausländern und gestehen teils schon seit den 1960er Jahren allen gemeldeten Bürgern unabhängig von ihrer Herkunft das Wahlrecht auf der kommunalen Ebene zu (Rogers et al. 2001; Togeby 1999; Uitermark et al. 2005; Penninx et al. 2004). Aber dennoch kann die Um-

ten um supranationale Organisationen (Pollak, Slominski 2006).

- 41 Im europäischen Integrationsprozess lassen sich vier charakteristische Merkmale unterscheiden, die sowohl für die formaljuristische als auch die identitätspolitische Diskussion von Bedeutung sind: *Erstens* lässt sich die Europäische Union als ein prozessuales, vielschichtiges und originäres politisches Steuerungssystem verstehen, in dem permanente Aushandlungsprozesse stattfinden. *Zweitens* stellt die EU ein weltweit einmaliges institutionelles Gefüge dar, in dem ein Nebeneinander von supranationalen und intergouvernementalen Institutionen und Elementen existiert. Dabei stehen insbesondere Gemeinschaftsinstitutionen (Parlament, Kommission, Gerichtshof) für den supranationalen Charakter der Union. Diese Institutionen erlauben das Voranschreiten der Integration und etablieren in Streitfällen unabhängige ‚Schiedsrichter‘. *Drittens* charakterisiert sich die Union durch eine Mehrebenenstruktur; der politische Prozess beruht auf verschiedenen sich vermischenden und überlappenden Politikerebenen. *Viertens* lassen sich in der EU sowohl homogenisierende als auch ausgleichende Prinzipien feststellen, in denen Schutz- und Ausgleichprinzipien durch Umverteilung von Ressourcen garantiert werden und festgeschrieben sind (Pfetsch 2005).
- 42 Die §17-21 der Verträge von Maastricht sowie Richtlinie 94/80/EG übertragen u.a. das passive und aktive Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen an alle Unionsbürger unabhängig von ihrem Wohnort. Wie zuvor bereits in anderen EU-Staaten wurde im Mai 1997 auch die spanische Gesetzgebung geändert, so dass bei den landesweiten Kommunalwahlen im Mai 1999 erstmals EU-Ausländer sowie norwegische Bürger ihr Wahlrecht ausüben konnten (vgl. Europäische Union 2006; BOE 1997).

setzung der Maastricht-Verträge als Meilenstein bei der Etablierung neuer flexibler Mechanismen zum Ausdruck politischer Identitäten und der Beteiligung von Ausländern in der politischen Steuerung bezeichnet werden. Autoren wie Ackers und Dwyer (2004) bezeichnen daher genau diese politischen Aspekte als das Rückgrat jeglicher Art europäisch geprägter Staatsbürgerschaft. Lepofsky und Fraser (2003) argumentieren, dass die wachsende Flexibilität in der praktischen Ausübung der Staatsbürgerschaft auch in der sozialwissenschaftlichen Reflexion zu neuen Denkanstößen geführt hat. Die Vorstellung einer postmodernen oder postnationalen Staatsbürgerschaft müsse dabei ihre theoretische Verengung auf das herrschende Rechtsprinzip abstreifen und diese weniger als gegebenen Status konzipieren (Rose 2001). Werde sie hingegen als praktischer und performativer Akt konzipiert, d.h. als „*Citizenship practice*“ (Wiener 1998, 7), dann ergeben sich zahlreiche konzeptionelle Anknüpfungspunkte für die Verknüpfung von Identitätspolitik mit dem Bezug auf den Signifikanten Europa, politischer Identitäten und einer sich im Entwicklungsstadium befindlichen *European Citizenship* (Janoschka 2008, 2009). Der Vorschlag nimmt die aus den Cultural Studies und der Identitätsdebatte entstandene Vorstellung auf, dass kulturelle und politische Zugehörigkeiten in einer vielfältig von Migrationen geprägten transnationalen Welt eine soziale Konstruktion darstellen, zu der nicht der Reisepass und damit die formale Nationalität als Zugangskriterium entscheiden sollte. Werden derartig alternative Vorstellungen verhandelt, so stellt sich die Frage, ob mit der wachsenden ökonomischen und sozialen Interaktion in Europa auch eine Diffusion der zunächst politisch aufgeladenen und von „oben“ eingeführten Konzepts der europäischen Identität einhergegangen ist und inwiefern die Konstruktion europäischer Identität für die alltägliche Lebensgestaltung und einerseits und die strategische Praxis in räumlichen Nutzungskonflikten andererseits eine Rolle spielen.

#### *Europäische Identitäten als elitärer Ausdruck einer unvollendeten Nation*

Die Diskussion europäischer Identitäten bezieht sich – anders als dies z.B. bei Studien zu Jugendkulturen, Musik, Subkulturen oder subversiven politischen und sozialen Bewegungen der Fall ist – weitgehend auf vergleichsweise elitäre gesellschaftliche Konstellationen. So behandeln Studien zur europäischen Identität unter anderem die Europäischen Institutionen sowie die EU-Verwaltungsbeamten selbst oder auch transnationale Elitemigranten als Ausdruck europäisch geprägter Lebensstile und bringen so eine identitätspolitische ‚top-down-Perspektive‘ zum Ausdruck (Checkel, Katzenstein 2009; Hermann, Brewer 2004; Laffan 2004; Wodak 2004). Unterschiedliche Beiträge zeigen, dass transnationale Eliten eine als selektiv zu bezeichnende Anpassungsstrategien<sup>43</sup> besitzen: Existierende Macht-

43 Der geschilderte Gegensatz wird in der nachfolgenden empirischen Debatte noch deutlich. Während die im Konflikt involvierten Akteure auf europäische Identitätskonstruktionen rekurrieren, orientiert sich die alltägliche Lebensgestaltung (Lebensstil, Freundschaften, soziale Aktivitäten) hingegen markant entlang nationaler bzw. sprachlicher Grenzen. Es stellt sich an

strukturen und Hierarchien werden in der beruflichen Praxis vergleichsweise rasch aufgenommen, während es bei den Alltagspraktiken zu einer eher schwerfälligen Neuausrichtung kommt (Beaverstock 2005; Favell 2008). Dennoch ist es aber gerade von theoretischem Interesse, in welchen Zusammenhängen strategisch auf europäische Identitätskonstruktionen rekurriert wird. Dies soll am nachfolgenden Beispiel deutlich werden, das aus der politischen Beteiligung der Unionsbürger an der spanischen Mittelmeerküste stammt. Viele der überwiegend älteren Ausländer kennen aus ihrem Berufsleben die Ausübung hegemonialer sozialer Machtrelationen, z.B. in transnationalen ökonomischen Aktivitäten oder auch in supranationalen Organisationen. Diese individuellen, aber kollektiv mit den Ko-Residenten geteilten beruflichen Erfahrungen bereiteten sie darauf vor, auch nach dem Ende des Berufslebens weiterhin eine Rolle im (lokalen) öffentlichen Leben zu spielen; insbesondere, wenn sie sich gegen einen als ungerecht empfundenen *modus operandi* der lokalen Entwicklungspolitik wenden. Da persönliche Betroffenheit ein wichtiger Grund für die politische Aktivierung darstellt, fallen die Protestteilnehmer leicht in Ausdrucksweisen hinein, welche auf die vermeintliche Überlegenheit einer europäischen Identität rekurrieren:

„As someone coming from Britain and someone who used to work in local government in Britain, you bring with you a kind of European concept of democracy and fairness and consultation and honesty and trust with politicians and all of those. Even in Britain, politicians aren't always a hundred per cent trustworthy. But when you deal with them here long enough, what you realize is, that you have to clear your mind of any ideas that you brought with you from England or Germany or Holland, wherever you might come from, and start thinking Spanish because they just don't accept or understand any of those principles.“ (Mark H.)

Die Aussage verweist auf eine explizit aus kultureller Perspektive verhandelte und interpretierte Diskrepanz zwischen den eigenen Vorstellungen in Bezug auf die lokalpolitischen Grundsätze und den davon abweichenden Erlebnissen lokaler Politikgestaltung. Die Aussage bezieht sich dabei auf Konzepte, die „britisch“, „westeuropäische“ oder implizit auch „kosmopolitisch“ als einen vermeintlich „Europäischen“ Standard definieren. Dieser kommt u.a. in Normen und Verhaltensweisen zum Ausdruck, die sich auf eine „moderne“ öffentliche Verwaltung und „moderne“ politische Aushandlungsprozesse beziehen. Derartige im und durch den Rekurs auf Identität zum Ausdruck gebrachten und mit dem Rekurs auf Europa unterfütterten Ansprüche stellen ein wichtiges Spektakel dar, mit dem im Feld der städtischen Politik Veränderungen angestoßen und durchgesetzt werden sollen.

Wie das Beispiel bereits aufzeigt, folgt der Rekurs auf europäische Identitäten wie andere Identitätskonstruktionen ebenfalls dem Prinzip der diskursiven Bildung dichotomer Kategorien, die zu Ein- und Ausgrenzungen führen und mit den Begriffspaaren Inklusion und Exklusion oder Identität und Differenz beschrieben werden können. Unter Berücksichtigung der vielfältigen Bedingungen kultureller

dieser Stelle jedoch die sowohl empirisch als auch konzeptionell interessante Frage, wie sich dieser Zusammenhang anders darstellen könne und wie denn ein vermeintlich „europäischer“ Lebensstil auf der persönlichen Ebene überhaupt aussehen könnte.

Globalisierung sowie unter dem Einfluss einer multimedial geprägten Gesellschaft besteht eine weitreichende Akzeptanz flexibler und dynamischer Entwürfe gruppenspezifischer Zugehörigkeit, die sich auch auf europäische Identitätskonstruktionen erstreckt. (Bauböck et al. 2003). Wie zahlreiche Autoren in Übereinstimmung ausdrücken, wird mit den Repräsentationen von Europa eine stärker ausgeprägte Flexibilität und Dynamik verbunden als dies bei den vielfältig symbolhaft, historisch und politisch überladenen nationalen Identitäten der Fall ist. In Konsequenz lassen sich europäische Identitäten als höchst dynamischer Aushandlungsprozess charakterisieren, in dem eine Vielfalt von umkämpften und umstrittenen, ja teilweise widersprüchlichen Deutungen zulässig ist. In Konsequenz bedeutet dies, dass die konkurrierenden Identitätskonstruktionen der ‚vorgestellten Gemeinschaft Europa‘ gegenwärtig ohne hegemoniale Erzählung nebeneinander existieren. In dieser Hinsicht verweist Ash Amin (2004a) auf die dynamischen und im Aushandlungsprozess befindlichen Aspekte einer ‚Idee von Europa‘. Er bezieht sich dabei aber nicht nur auf die transnationalen Migranten, die Europa gewissermaßen ‚von unten‘ globalisieren und hybridisieren, sondern betont neben der wachsenden Rolle einer ‚europäisch‘ geprägten Finanz- und Wirtschaftselite auch die wachsende Zahl der alltäglich transnationalen Lebensstile von Bürgern aus den Mittelschichten. Neben die weitreichenden Prozesse wirtschaftlicher Verflechtung gesellt sich eine Vielfalt ‚neuer‘ Öffentlichkeiten, Medien und Kommunikationstechnologien, die weder als national noch europäisch, sondern primär als transnational und hybrid zu bezeichnen sind. Ähnliches geschieht in den meisten sozialen Bereichen, die wechselseitige Einflüsse aus allen Teilen der Welt patchworkartig in sich aufnehmen, quasi aufsaugen. Dazu gehören auch die Konsummuster als Ausdruck von individuellen und kollektiven Identitäten. Checkel, Katzenstein (2009) bezweifeln daher die vielfach geäußerte These, Europa und Europäisierung seien eine elitäre und bürokratische Vision, die von den vom Bürger entrückten europäischen Institutionen entworfen werden.

Wie Ash Amin zum Ausdruck bringt, entwickelt sich Europa nach und nach zu einem „place of plural and strange belongings, drawing in varied geographies of cultural formation“ (Amin 2004a, 2). Als Konsequenz dieses Arguments lässt sich die weitgehend akzeptierte Tatsache festhalten, dass jegliche Versuche, Europäische Identität als etwas Eindeutiges und klar definiertes darzustellen, zum Misserfolg verdammt sind. Es ist gerade der inhärente Konflikt und Aushandlungsprozess, das Spannungsfeld von permanentem Widerstreit und inhaltlicher Unbestimmtheit, welche als konstitutive Elemente aller Identitätskonstruktionen eines Europas gelten können, das weder kulturell noch geographisch eindeutig fassbar ist. In diesem Prozess der Ungewissheit, Uneindeutigkeit und Zweifelhaftigkeit über die Inhalte europäischer Identitäten führt Quenzel (2005) die Unterscheidung zwischen normativen und additiven Konstruktionen europäischer Identität ein. Das normative Design europäischer Identitäten konzentriert sich primär auf (in der Regel positiv bewertete) kulturelle Besonderheiten und Ausprägungen, die als spezifisch „europäisch“ abstrahiert werden, als Blaupause eines erwünschten Attributs, die zum Rang einer zu erstrebenden Eigenschaft erhoben wird. Im Gegensatz dazu können additive Identitätskonstruktionen das dynami-

sche Kulturverständnis besser zum Ausdruck bringen, da sie die Vielfalt existierender kultureller Ausprägungen berücksichtigen und als gleichberechtigt nebeneinander akzeptieren. Beiden Entwürfen ist die Unentscheidbarkeit und Unabschließbarkeit europäischer Identitätskonstrukte gemeinsam.

An diesem Punkt stellt sich nun die Frage nach der inhaltlichen Vielfalt, die mit den Konstruktionen europäischer Identität verbunden werden können. Wird davon ausgegangen, dass europäische Identitäten überhaupt mit einem bestimm- baren Inhalt versehen werden können, dann bieten konstruktivistische Perspekti- ven ein reichhaltiges konzeptionelles Feld für die Diskussion von Identitätspoliti- ken mit Bezug auf Konstruktionen von Europa. Es ist zwar theoretisch inspirie- rend, dass sich europäische Identitäten unzählbar vieler Aspekte bedienen kön- nen. In alltäglichen Praktiken strategischer Anwendungen identitätspolitischer Aneignungen erfolgt jedoch in aller Regel eine Reduktion auf vergleichsweise we- nige Aspekte, die eine Bedeutung für europäisch markierte Identitätspolitiken entfalten. Auch wissenschaftliche Untersuchungen stützen diesen Reduktions- und Vereinfachungsprozess, da vielen Wissenschaftlern ja gerade eine kategorisie- rende Einordnung und Systematisierung und damit die Hierarchisierung, Typisie- rung und Vereinfachung am Herzen liegt. Wie gestaltet sich also die wissenschaft- liche Diskussion um vermeintlich ‚genehmigte‘ Inhalte europäischer Identität?

Als erster und sinnhaltiger Ausgangspunkt der Analyse von Konstruktionen und Markierungen europäischer Identitäten kann zunächst die bereits im vorigen Kapitel ausführlich geschilderte inhaltliche Differenz zwischen der Konstruktion des ‚Wir‘ und des ‚Anderen‘ gelten. In dieser Hinsicht existiert zwischen den Konstruktionsprinzipien nationaler und europäischer Identitäten konzeptionell kein wesentlicher Unterschied (Wodak et al. 1998). Eder (2006) zufolge nehmen die Vorschläge zur Entfaltung europäischer Identitäten den so etablierten Gegen- satz auf und entwickeln aus ihm eine sinnhaltige Sequenz, die den involvierten Akteuren eine „narrative Ehrlichkeit“ anbietet. Aus dieser eher grundsätzlichen Vorüberlegung ziehen Grundy, Jamieson (2007) den Schluss, dass europäische Identität eine „leere“ Kategorie<sup>44</sup> darstellt, die aufgrund ihres undeutlichen und unscharfen Inhalts sowohl einzelnen Subjekten als auch Gruppen erhebliche Probleme aufwirft als integratives identitätspolitisches Konzept zu fungieren.

Im Gegensatz zu diesen eher skeptischen Äußerungen bringen Sozialtheoreti- ker wie z.B. Jürgen Habermas eine positivere Variante ins Spiel. Habermas (2008) bezieht sich auf den „Verfassungspatriotismus“ und die „Leidenschaft“, welche mit dem europäischen Projekt verbunden ist. Gerade aktive und bewusste Uni- onsbürger wie die Teilnehmer an transnationalen politischen und sozialen Bewe- gungen entwickelten sich gerade mit dem Ziel, den Schutz universeller Prinzipien und die Wahrung der Menschenrechte voranzutreiben, was unter dem Rekurs auf die Gemeinschaftsinstitutionen wesentlich einfacher machbar ist. Bürgerinitiati- ven können die Interpretationen universeller Rechte strategisch adaptieren, da diese von den EU-Institutionen wie dem Parlament, dem Gerichtshof oder der

44 Diskurstheoretische Ansätze würden an dieser Stelle von einem „leeren Signifikanten“ spre- chen, vgl. hierzu Angermüller 2005; Laclau, Mouffe 1991; Nonnhoff 2007; Keller et al. 2006.

Kommission bestätigt und z.B. in Konfliktsituationen explizit zum Ausdruck gebracht werden (Kantner 2006). Diese Institutionalisierung supranationaler Institutionen zur Durchsetzung von Gemeinschaftsvorschriften gibt politischen Protestbewegungen die Möglichkeit zum Rekurs auf neue Machtrelationen, die das lokale und regionale Politik- und Handlungsverständnis durchaus in erheblichem Umfang erschüttern können.

Wird zur inhaltlichen Bestimmung europäischer Identität zurückgekehrt, so kann mit Mikkeli (1998) auf ein semantisches Feld verwiesen werden, in dem Identitätskonstruktionen unter anderem anhand von Aspekten wie Zivilisation, Christentum, Demokratie, Freiheit, weißer Haut und der ‚westlichen Welt‘ ablaufen. Diesen werde antagonistisch ein semantisches Feld der ‚Anderen‘ gegenübergestellt, in dem Begriffe wie Barbarei, Despotismus, Sklaverei, nicht-weiße Haut und der ‚Orient‘ verknüpft werden. Daraus wird eine in aller Regel auf vier europäischen Gründungsmythen aufbauende kollektiv geteilte Identitätsbasis entwickelt:

„First, the supremacy of a legal system based on Roman law; second, an ethos of social solidarity and common understanding based on Christian piety and humanism; third, a democratic order rooted in recognition of the rights and freedoms of the individual; and fourth, a universalism based on Reason and other Enlightenment principles of cosmopolitan belonging.“ (Amin 2004, 2)

Quenzel (2005) unterstreicht in ihrer empirischen Analyse der Diskurse über die europäische Kulturpolitik, die als Beispiel eines besonders symbolträchtigen und identitätsstiftenden Feldes untersucht wird, elf unterschiedliche, wenngleich permanent miteinander verschränkte und kombinierte Dimensionen, auf die im Rahmen von Selbstbeschreibungen rekurriert wird (vgl. Abb. 3). Die so eröffneten Konstruktionen europäischer (Teil-)Identitäten oder Identitätspfade helfen bei der empirischen Analyse dann weiter, wenn die in den alltäglichen sozialen Praktiken eingeschriebenen und integrierten symbolischen Codes und Bezugsrahmen dechiffriert, dekonstruiert und hinterfragt werden sollen. Werden nun die konzeptionellen Vorüberlegungen um gesellschaftliche Hybridität sowie den dynamischen Charakter von Identitätskonstruktionen berücksichtigt, dann leuchtet es ein, dass Identitäten kontextabhängig ausgehandelt und in Interaktionen gemeinsam geschaffen werden (Wodak, Puntscher Riekmann 2003). Zumindest theoretisch lässt sich so postulieren, dass die Auseinandersetzung um europäische Identitäten kulturelle Differenz integriert und damit das wechselseitige Auflösen vormals starrer Konzeptionen binärer Zugehörigkeitskonzepte möglich sei. Europa wäre dieser Konzeption zufolge nicht vorbestimmt und errichte sich primär anhand der aktiven Auseinandersetzung, Hinterfragung und Neuaushandlung aller Inhalte der empirisch nachvollziehbaren Selbstbeschreibungen, inklusive der fiktiven und konstruierten Grenzen zu ‚externen‘ und ‚internen Anderen‘ (vgl. Abb. 3). Diese Unterteilungen helfen dann weiter, wenn es um konkrete Inszenierungen und Repräsentationen europäischer Identitäten geht. ‚Externe Andere‘ spiegeln vermeintlich eindeutige Differenzbeziehungen wieder, in denen ‚Europa‘ in den unterschiedlichen Selbstbeschreibungen ein vermeintliches eindeutig bestimmtes ‚Anderes‘ entgegengesetzt wird, das auch vermeintlich unzweifelhaft

als ‚nicht-europäisch‘ bestimmt werden kann. ‚Interne Andere‘ stellen hingegen die inneren Differenzierungen in den europäischen (Teil-)Identitäten oder Identitätspfaden dar, die in der Abgrenzung zu einem ‚externen Anderen‘ aufgegeben werden. Wird der Blick jedoch nicht auf die konstitutive Außengrenze der europäischen Identität gelegt, so zeigt sich, dass allen Kategorien ein ‚interner Anderer‘ inhärent ist.

(Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Quenzel 2005)

Europäische Selbstbeschreibungen (Titel)	Inhalte und Beispiele der Selbstbeschreibungen	Externe Andere	Interne Andere
<b>Kontinent Europa</b>	europäische Kultur, gemeinsame Geschichte	Türkei, Asien, Russland	Balkan, Osteuropa
<b>Zivilisation und technischer Fortschritt</b>	Ackerbau, Technik, Wissenschaft, Handel, Gewerbe	‚der Rest‘	Osteuropa (Byzanz)
<b>Christliches Abendland</b>	Römisch-katholische Kirche, Protestantismus, Säkularisierung	Islam, USA, Türkei	Judentum, Islam, orthodoxe Kirchen, Balkan, Osteuropa
<b>Ästhetische Einheit</b>	‚epochale‘ Kunstgeschichte: Romanik, Gotik, Renaissance, Barock, Moderne	USA, ‚der Rest‘	Osteuropa
<b>Reflexive Wissensgemeinschaft</b>	Freie Städte, Universitätswesen, öffentliche Diskursräume, Kritikfähigkeit, Reflexion	Diktaturen, autoritäre Regime	Osteuropa (Byzanz)
<b>Europa der Nationen</b>	Gemeinschaft der Nationen und Völker Europas	Nicht-EU-Staaten	Beitrittskandidaten
<b>Klassen, Schichten, Milieus</b>	Mittelstand, Bürgertum, Kleinbürgertum	USA, Zweiklassengesellschaften	Osteuropa
<b>Arbeitsethik und Wohlfahrtsstaat</b>	Soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat, Arbeiterbewegung	USA, ‚Dritte Welt‘	Osteuropa
<b>Europäische Wertegemeinschaft</b>	Menschenrechte, Demokratie, Freiheit, Toleranz, Rationalität, Religionsfreiheit	Islam, Türkei	Osteuropa
<b>Kommunikationsgemeinschaft Europa</b>	Transnationale Netzwerke und Lebensstile, Rechtsgemeinschaft	Nicht-EU-Staaten	bildungsferne Schichten
<b>Negative Erinnerungsgemeinschaft</b>	Tätergemeinschaft, Weltkriege, Holocaust, Verbot der Todesstrafe	Japan, Türkei, USA, arabische Staaten	Balkan

Abbildung 3: Die Konstruktion europäischer Identitäten

Die geschilderten Überlegungen können nun unter Berücksichtigung des zuvor diskutierten kollektiven Gedächtnisses präzisiert werden. In seinen Studien weist Maurice Halbwachs an unterschiedlichen Beispielen nach, inwiefern das kollektive Gedächtnis von im Entstehungsprozess befindlichen Gruppen sich zunächst in die hegemonialen Diskurse und Praktiken der Gesellschaft einschreibt und kollektive Identitäten gewissermaßen von innen erneuert und verändert. Am Beispiel eines

bis dato undefinierten ‚neuen‘ sowie in Spiegelung des etablierten ‚alten‘ Bürgertums, dessen Zuschreibungen sich im Zuge der Industrialisierung rasch veränderten, können auch die Prozesse der Identifizierung betrachtet werden, wie sie sich bei umkämpften europäischen Identitäten ergeben:

„Mit ihnen [den Mitgliedern des ‚alten‘ Bürgertums, MJ] dringt ein Teil ihrer Traditionen in diese neue Gedankenwelt ein, und die Folge ist, daß entweder ein Teil des alten Denkrahmens in erweiterter und besser angepaßter Form bestehen bleibt [...] oder daß die neuen Denkrahmens teilweise aus traditionellen Elementen erstellt werden. Vor allem aber bemerken die konservativen Bürger nicht, daß die zu bestimmten Zeitpunkten in eine Gesellschaft oder Klasse eingeführten Produktionsmethoden, Ideen und Gebräuche nur scheinbar neu sind, daß sie [...] bereits bestanden und sich entwickelt haben, und daß sie also auch auf Traditionen beruhen.“ (Halbwachs 1985: 344f)

Aus dieser Perspektive zeigt sich, dass jegliche Konstruktionen europäischer Identitäten, wie sie sich gegenwärtig entwickeln, nur auf die bereits in allen anderen Identitätskonstruktionen eingeschriebenen Konstrukte beziehen können. Europäische Identität ist demnach nur ein Spiegel existierender nationaler oder kultureller Identitäten, denen mit dem Bezugsrahmen Europa lediglich eine andere territoriale Dimension verliehen wird. Mit Halbwachs können, Bezug nehmend auf die geschichtliche Entwicklung des Christentums, aber noch weitere Aspekte des kollektiven Gedächtnisses Europas stilisiert werden.

„Es stimmt allerdings auch, daß der Kult anfangs in der Gegenwart verhaftet war und teilweise mit dem spontanen Denken und Leben der zeitgenössischen Gruppen verschmolz. [...] Wenige Situationen galten als unvereinbar mit dem Christentum oder sogar mit der Stellung des Priesters oder des Bischofs. Cyprian kannte Bischöfe, und zwar in recht großer Zahl (plurimi), die Stellungen in der Domänenverwaltung annahmen, die auf dem Markt herumliefen, die Geldwucher betrieben und Leute von ihrem Besitz vertrieben. [...] Ebenso gab es die später grundlegend gewordene Unterscheidung zwischen Priestern und Laien in den ersten Jahrhunderten noch nicht. [...] Eben weil die religiöse Tradition noch so neu ist, die Riten so einfach, das Dogma so wenig überladen, [...] bilden [die Priester, MJ] noch nicht eine Art Kaste, die durch ihren sakralen Charakter von den übrigen Gläubigen abgesondert ist. [...] Aber die religiöse Gemeinschaft bemerkt bald, [...] daß eine Menge neuer Erinnerungen ohne Beziehung zu den ihrigen nicht mehr in den Rahmen ihres Denkens hineinpassen wollen. Nun erst zieht sie sich auf sich selbst zurück, fixiert sie ihre Tradition, legt sie ihre Lehre fest und erlegt den Laien die Autorität einer Klerikerhierarchie auf, die [...] eine geschlossene, von der Welt abgesonderte und gänzlich der Vergangenheit zugewandte Gruppe bildet, die einzig und allein damit befaßt ist, das Gedächtnis der Vergangenheit zu bewahren.“ (Halbwachs 1985, 267-269)

Wie Halbwachs in seinen Untersuchungen zum kollektiven Gedächtnis und den „Stätten der Verkündigung im Heiligen Land“ in aller Ausführlichkeit schildert, hat die christliche Kirche viele Jahrhunderte lang ihr kollektives Gedächtnis zunächst aus der alltäglichen und gegenwärtigen Lebenswelt der Gläubigen gebildet. Erst als sich gegen Ende des vierten Jahrhunderts nach Christus die Bedeutung der Religion so sehr gefestigt hatte, dass ein hegemonialer Diskurs auf die Verankerung in der Gegenwart verzichten konnte, begann sowohl eine Entfremdung zwischen den Hütern des kollektiven Gedächtnisses (d.h. dem Klerus) und den Gläubigen. Erst dann setzte der zunehmende Bezug auf die Vergangenheit ein und beinhaltete auch die Verstärkung des gemeinsamen Gründungsmythos, indem

zahlreiche Erzählungen mit räumlich gebundenen Symboliken bewusst an besonders symbolträchtige Orte wie z.B. den Tempelberg in Jerusalem „verlegt“ wurden. Diese Mythenbildung ging mit der Schaffung machtvoller Institutionen einher, die zumindest vordergründig die Stabilität bzw. die Deutungshoheit über das kollektive Gedächtnis sicher stellten. Wird diese aus der Geschichte entlehnte Argumentation auf die Frage nach dem kollektiven Gedächtnis Europas sowie die Diskussion nach europäischer Identität übertragen, so ist erkennbar, dass sich die meisten der europäischen Selbstbeschreibungen an die Konstruktionen der nationalen und kulturellen Identitäten ihrer Mitglieder anlehnen. Damit ist der Mythos europäischer Identität sowohl in der gegenwärtigen Lebenswelt verankert, bemüht sich aber parallel auch um eine Historisierung. Wie Heffernan (2007, 23) aufzeigt, richtet sich diese Historisierung unter dem Bezug auf den Begriff „Europa“ auf geschichtliche Epochen, in denen weder eine Konzeption noch das sprachliche Konstrukt „Europa“ überhaupt existierten oder nur eine höchst eingeschränkte Bedeutung besaßen. Europäische Identitäten spiegeln, verbinden und erweitern also die nationalen Identitätskonstrukte und bedienen sich ganz ähnlichen Mechanismen der Vermittlung vermeintlicher historischer Authentizität. Solche fiktiven historischen Bezüge werden dann mit der gegenwärtigen postnationalen Herausbildung europäischer Institutionen und einer europäischen Öffentlichkeit zusammengeführt. In den meisten Fällen geschieht dies so unterschwellig, dass es kaum an die Oberfläche des Bewusstseins gelangt.

Bei der umstrittenen Etablierung und Aushandlung europäischer Identitätskonstrukte spielen also drei Aspekte eine zentrale Rolle: *Erstens* die Wirkmächtigkeit der Konstruktion von vermeintlich eindeutigen europäischen Wurzeln, die ähnlich historisierend wie nationale Identitätskonstrukte angelegt sind und vermittelt werden; *Zweitens* die individuellen und alltagsweltlichen Aneignungspraktiken eines alltäglich ‚gelebten‘ Europas, die sich in einer Vielfalt hybrider Konstruktionen niederschlagen sowie *drittens* die fortschreitende institutionelle Konsolidierung ‚Europas‘ (d.h. vor allem der Europäischen Union) und die Ausbildung einer europäischen Staatsbürgerschaft, die mit der Etablierung vielfältiger Freiheiten und Privilegien einhergeht. Diese Positionierungen dienen nun als konzeptionelle Grundlage, welcher die empirische Untersuchung zur strategischen Nutzung und Aneignung europäischer Identitäten in räumlich-politischen Konflikten begleitet. Bevor dies im weiteren Verlauf dieses Bandes geschieht, erfolgt im nun folgenden theoretischen Zwischenfazit zunächst eine Zusammenführung der beiden dieser Arbeit zentralen konzeptionellen Perspektiven, deren getrennte Debatte im Mittelpunkt der bisherigen Ausführungen stand: So wird eruiert, wie sich die im zweiten Kapitel entworfene *Theorie sozialer Praktiken im politisch-geographischen Konflikt* mit der in diesem Abschnitt verhandelten identitätspolitischen Perspektive auf räumliche Nutzungskonflikte zusammen denken, in einer *Theorie zur Untersuchung räumlicher Nutzungskonflikte* vereinen lassen und so der sozialgeographischen Forschung einen Rahmen für die Beschäftigung mit Konstruktionen Europas und europäischer Identität eröffnen.

### 3.4 Europäische Identitäten in räumlichen Nutzungskonflikten – Zwischenfazit und konzeptionelle Positionierung

In unterschiedlichen Zusammenhängen ist im Verlauf der vorliegenden theoretisch-konzeptionellen Ausführungen darauf verwiesen worden, dass in der humangeographischen Forschung – im Gegensatz zu den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen – Fragen der Räumlichkeit Europas, Konstruktionen europäischer Identität und auch die Bedeutung der ‚*European geographical imagination*‘ (Heffernan 2007) über lange Zeiträume nur am Rande der fachdisziplinären Debatten verhandelt wurden. Politische Identitätskonstrukte wie der Rekurs auf europäische Identitäten, die durch multiple Skalen und mit multiplen Anderen ausgehandelt werden, stellen jedoch eine wichtige Quelle der Vergemeinschaftung dar, kommen in multiplen Kontexten zum praktischen und strategisch bedeutsamen Einsatz und können als interessante Perspektive für die humangeographische Untersuchung von kollektiven politischen Handlungen betrachtet werden (Routledge 2008).

In der vorliegenden Arbeit wird an die geschilderten Überlegungen angeknüpft, indem die Rolle der europäischen Institutionen sowie der Rekurs auf europäische Identitäten bei der Austragung räumlicher Nutzungskonflikte in transnationalen Arenen analysiert werden. Transnationale politische und soziale Proteste besitzen nämlich das Potenzial, politische Geographien als Resultat vielschichtiger Prozesse der Globalisierung zu betrachten, in deren Rahmen neue identitätspolitische Ausdrucksformen induziert werden. Politische Identitäten werden dabei als eine performative Ressource gedacht, die in räumlich-politischen Konflikten strategisch eingesetzt wird. Dabei wird diskutiert, welche analytischen Möglichkeiten die Perspektive der Identitätspolitik als Quelle der Vergemeinschaftung für kollektive politische Aktivitäten des Protests eröffnet. Unter Rekurs auf Vertreter der britischen *Cultural Studies* sowie postkolonialer und feministischer Theorieansätze ist im vergangenen Abschnitt eine Vorstellung von Identität konzipiert worden, die u.a. an die Forderungen von Weichhart (1990) anknüpft, dem Bild von starren oder stabilen Identitäten eine Absage erteilt und stattdessen die Tätigkeit des ‚Identifizierens‘ in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Die Erzeugungsprinzipien von Identitäten sowie die Prozesse der Identifizierung greifen dabei auf eine Vielzahl von Positionierungen zurück: Praktiken, Wechselbeziehungen, Nicht-Beziehungen, Abwesenheiten, Lücken und Zwischenräume sowie andere, mehr oder wenige bewusste Verortungen in der sozialen Welt stellen die Grundlage der Identifikation dar. In dieser Hinsicht besteht ein zentrales Prinzip in der folgenden Aussage: Eine eigenbezogene Identität zu kennen, zu verstehen oder zu konstruieren (d.h. eine Vorstellung von einem ‚Ich‘ oder ‚Wir‘ zu haben), beinhaltet zumindest ein stilles oder unbewusst vorhandenes Wissen über einen ‚Anderen‘ (d.h. ‚Du‘ oder ‚Ihr‘), der nicht zu einem Selbst oder zur eigenen Referenzgruppe gehört (Massey 2004; Penrose, Mole 2008). Konsequenterweise bedeutet dies zwangsläufig, dass Identität immer in Bezug auf eine vielfältige Reihe von Differenzen etabliert wird.

Mit Schlottmann (2005, 222) kann nun konstatiert werden, dass Identifikation von und mit räumlichen Einheiten nicht nur direkt mit der Identifizierung des Anderen und damit auch des Eigenen zusammenhängt, sondern auch diskursiv verankert ist und damit als performatives Konstrukt in Praktiken und Gesprächen über Praktiken abgerufen werden kann. Als interessante Frage stellt sich hieraus, wie die relationale Verbindung zwischen Identifikation und räumlichen Konstruktionen empirisch erzeugt und damit objektiviert wird. Was Schlottmann vor dem Rekurs auf regionale Identität verhandelt hat, kann nun auch auf die Konstruktionen europäischer Identität übertragen werden: Europäische Identitäten werden als performativ betrachtet, d.h. sie ergeben sich und erhalten ihre Wirkmächtigkeit erst durch die Anwendung im politischen Konflikt und werden durch eine als *Doing Identity* bezeichnete strategische Praxis mit Inhalten gefüllt. Demnach können alltägliche politische Identifikationen und Identitätskonstruktionen als eine wichtige Ressource in der Austragung von räumlich-politischen Konflikten bezeichnet werden. Wird dies nun mit dem Verweis auf die Vorstellung des gleichzeitig im Subjekt und der Gesellschaft verankerten kollektiven Gedächtnisses verschränkt, dann lassen sich die Identifikationsprozesse als Ausdruck von Erinnerungen denken, die performativ abgerufen werden können. Das kollektive Gedächtnis ermöglicht den Subjekten den Aufbau eines werthaltigen und mit Sinn aufgeladenen Zusammenhangs von vorstrukturierten Denk- und Handlungsmöglichkeiten. Aus der Wortwahl zeigt sich schon, dass die Perspektive des kollektiven Gedächtnisses eine gewisse Verwandtschaft zu den im zweiten Kapitel erörterten praxistheoretischen Konzeptionen des Habitus besitzt. Während Bourdieus Habitus-Theorie stärker auf die strukturellen Einbettungen sozialer Praxis abzielt, konzentriert sich Halbwachs auf die Genese von Praktiken durch sozial situierte und sinnhaft aufgeladene Prozesse der Erinnerung. Beide gehen aber der Frage nach, wie sich spezifische Praktiken in ihrer Herstellung und Dynamik erklären und situieren lassen. Identitätspolitische Positionierungen können demnach sowohl als Ausdruck habitueller Dispositionen oder vom kollektiven Gedächtnis geleiteten Repräsentationen interpretiert werden. Von entscheidender Bedeutung ist nun, dass politische Identitäten in räumlichen Nutzungskonflikten mit Sinn aufgeladen werden und bei den Konfliktparteien teils diametral gegensätzliche Interpretationen der ‚sozialen Welt‘ hervorrufen.

Während im vorherigen Abschnitt unter dem Verweis auf das kollektive Gedächtnis Identitäten als Praxis der Identifizierung gedacht worden sind, wurde zuvor, d.h. im zweiten Kapitel dieser Arbeit aufgezeigt, wie die Theorie der Praxis in flexiblen, dynamischen sowie von Migrationsprozessen und zunehmend raschen sozialen Veränderungen geprägten postmodernen Gesellschaften operationalisiert werden kann. Bourdieu beschäftigte sich an verschiedenen Stellen damit, aus der Theorie der Praxis heraus Erklärungen zum sozialen Wandel liefern zu können – dennoch befindet sich die Rezeption und Diskussion von Fragen der Flexibilität, der grundsätzlichen ‚Lernfähigkeit‘ und Verformbarkeit von Dispositionen des Habitus erst am Anfang. Sie stellt aber interessante Bezüge zur Weiterentwicklung an Anpassung seiner dispositionellen Handlungstheorie in spätmodernen Migrationsgesellschaften und in Bezug auf die Austragung politischer

Konflikte her. Mit dem Rekurs auf eine theoretische Reflexivität, die schon Bourdieu in die Theorie von Habitus und sozialen Feldern einbaute, wurde im Verlauf des zweiten Kapitels auf die Veränderungen und Erweiterungen habitueller Dispositionen verwiesen, und zwar insbesondere bei Subjekten, die sich auf ‚Zwischenpositionen‘ befinden, d.h. im Laufe ihres Lebens durch Auf- oder Abstieg soziale Klassen durchschreiten oder über Migrationsbewegungen und Mobilität zu neuen Positionierungen im sozialen Raum aufbrechen. In Konfliktsituationen kommen diese Veränderungen als neue Inkorporierungen strategischer und taktischer Praxis zum Ausdruck. Gesellschaftliche (und auch räumliche Nutzungs-) Konflikte können zum Bruch mit der als *doxa* bezeichneten vorreflexiven Selbstverständlichkeit der sozialen Ordnung führen; und zwar im Sinne Bourdieus, zur „bewussten Korrektur habitueller Ausprägungen“. Eine solche „theory of social change for the habitus“ (King 2000) bezeichnete Sichtweise, die Habitus in gesellschaftlichen Brüchen entweder als „temporär radikalisiert“ (Fowler 2006) oder „permanent radikal“ (Crossley 2003) konzipiert, bietet sich auch als Lesart einer Feldanalyse an, die sich auf die Eruierung von räumlichen Nutzungskonflikten beruft. Wie Moore (2008) diskutiert, lässt sich die Theorie der Praxis auf die Ausbildung von neuen, identitätspolitisch aufgeladenen Habitus anwenden. Auch zur Untersuchung von politischem und sozialem Widerstand in einer globalisierten Gesellschaft bietet sich diese Perspektive an (Dick 2008). So wird an eine zentrale Forderung Bourdieus angeknüpft, nämlich die Suche nach soziologischen Erklärungen für gesellschaftliche Konfliktsituationen und die im sozialen Raum eingeschriebenen Differenzen zu befördern. Transnationale soziale und politische Bewegungen erzeugen also einen gesellschaftlichen Wandel, der auf die Etablierung von Feldern kritischer Reflexivität abzielt. Unter dem Rückgriff auf Fragen der Identität und Identifizierung in politischen Konflikten lassen sich demnach die Dispositionen untersuchen, welche etablierte gesellschaftliche Machtstrukturen hinterfragen und kritisieren, Partizipation einfordern und Kritik in politische Aktivität verwandeln. Solche Aspekte spielen für die humangeographische Untersuchung politischer Konflikte im Allgemeinen und räumlicher Nutzungskonflikte im Speziellen eine ausgeprägte Rolle.

Diese theoretische Positionierung im Spannungsfeld von Identitätspolitik und sozialer Praxis soll nachfolgend an dem empirischen Beispiel des Nutzungskonflikts an der spanischen Mittelmeerküste überprüft und so operationalisiert werden. Der eingangs skizzierte räumliche Nutzungskonflikt kann als ein Aufeinandertreffen von differierenden habituellen Dispositionen gelesen werden, in der permanent kulturelle Interpretationen und identitätspolitische Positionierungen erfolgen. Die so artikulierten Identitäts- und Differenzkonstruktionen, die sich auf unterschiedliche Dimensionen europäischer Identität beziehen, lassen sich als eine zentrale, sowohl symbolisch als auch praktisch wertvolle Kapitalsorte in der politischen Auseinandersetzung bewerten. Im politischen Feld der Stadtentwicklung kommt es also zur kulturell inszenierten Auseinandersetzung zwischen den Lebensstilmigranten, d.h. transnational geprägten Subjekten mit einem *European habitus* und der lokalen/regionalen politischen Elite, d.h. verankerten, im Gegensatz zu den transnationalen Migranten beinahe vor-modern wirkenden Subjekten

mit einem *local habitus*. Dabei werden die Strategien der Subjekte in zwei Typen unterschieden: ‚Erhaltungsstrategien‘ einerseits und ‚Strategien der Häresie‘ andererseits. Erstere werden von den im Feld etablierten Subjekten eingesetzt, um ihre Positionen aufrecht zu erhalten, während letztere als gegen-hegemoniale Praktiken bezeichnet werden können, welche auf die Destabilisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und die Verdrängung der gegenwärtig Herrschenden abzielen. Die *Theorie der sozialen Praktiken im politisch-geographischen Konflikt* lässt sich somit auf (transnationale) soziale Protestbewegungen ausweiten, denn Protest und Widerstand gegen hegemoniale Praktiken der herrschenden „Klasse“ lassen sich mit Bourdieu dahingehend untersuchen, welche Ressourcen und Netzwerke die beteiligten Subjekte besitzen und welche Kapitalsorten sie in der Auseinandersetzung mobilisieren können. Darüber hinaus bietet sich auch eine Analyse der Praktiken im Konflikt an, wenn dieser als sinnhaftes Feld verstanden wird, in dem hegemoniale Praktiken angegriffen werden, und zwar unter dem Rekurs auf die strategische Inwertsetzung unterschiedlicher Kapitalsorten. Jede Protestartikulation provoziert aufgrund der vorliegenden Krisensituation nicht nur einen (temporär oder permanent) radikalen Habitus, sondern mobilisiert auch ökonomisches Kapital und eröffnet damit – wenngleich mit engen Auswirkungen auf andere soziale und politische Felder – ein eigenständiges, weil professionell betriebenes und bis zu einem gewissen Punkt auch an ökonomischen Prinzipien orientiertes Feld sozialer Praxis. Bourdieus Feldkonzeption kann so die unterschiedlichen Arenen der Kämpfe und Auseinandersetzungen ebenso thematisieren wie die Gelegenheiten, die sich im Widerstand sozialer Bewegungen ergeben. Wie nachfolgend am empirischen Beispiel eruiert wird, erfolgt im Konflikt die Generierung neuer sozialer Praktiken, die u.a. auf den spezifischen Bedingungen des Aufeinandertreffens der europäisch geprägten Wirtschafts- und Bildungselite mit den lokalen Akteuren in der Arena lokaler und regionaler Politik beruht. Ein radikaler Habitus als strukturierende Struktur der sozialen Praxis generiert bei den engagierten Subjekten eine kritische Weltsicht und befördert damit die Neigung zum aktiven Engagement im Protest. Temporäre oder permanente Radikalität der Denk- und Praxismuster kann demnach als eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung zur (erfolgreichen) Etablierung und Begründung einer Protestbewegung betrachtet werden. Diesbezüglich sollte der Blick auf die Verteilung, Bewertung und Kompatibilität unterschiedlicher Kapitalsorten gelenkt werden. Jede Auseinandersetzung und Konfliktsituation, die in eine soziale Bewegung mündet, konstituiert sich in einem weitgehen autonomen Feld, das über eigene (Spiel-)Regeln, Dynamiken und Herausforderungen verfügt. Die Etablierung einer Protestbewegung kann also Bourdieu folgend metaphorisch als Aufbau eines eigenen „Spiels“ verstanden werden. Dieses versteht sich erst, wenn in einem zweiten Schritt Fragen der Identifizierung und identitätspolitischer Praktiken thematisiert werden.

Am Beispiel des räumlichen Nutzungskonflikts in Spanien soll der verhandelte Zusammenhang zwischen Praxis und Identität, d.h. die Bedingungen identitätspolitischer Positionierung als soziale Praxis nun empirisch vertieft werden. Dabei wird zunächst der methodische Rahmen für die Untersuchung des räumli-

chen Nutzungskonflikts in Spanien vorgezeichnet. Anschließend wird dem Leser die alltägliche Regionalisierung der Ausgangsbedingungen des vorliegenden politisch-geographischen Konflikts an der spanischen Mittelmeerküste näher gebracht, ehe im Kapitel 6 die Auseinandersetzung selbst verhandelt wird und so die im Verlauf der ersten drei theoretischen Kapitel erörterte Perspektive der identitätspolitischen Praxis im räumlichen Nutzungskonflikt auf eine empirische Bewährungsprobe gestellt wird.

